

Verfassungsschutz in Hessen

Bericht 1982

Vorwort

Seit 1978 wird der Öffentlichkeit ein Jahresbericht „Verfassungsschutz in Hessen“ vorgelegt. Neben Rechtsgrundlagen für seine Arbeit sind in ihm die wichtigsten Erfahrungen und Beobachtungsergebnisse des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes zusammengefaßt. Diese Unterrichtung der Bürger über Bestrebungen, die sich gegen unsere freiheitliche Demokratie richten, entspricht dem Beschluß des Hessischen Landtages vom 7. Juli 1977, durch den die Landesregierung beauftragt wird, alljährlich einen „Verfassungsschutzbericht Hessen“ vorzulegen. Die Veröffentlichung informiert nicht nur über wesentliche Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, sondern auch über sein problemreiches Arbeitsfeld. Sie dient damit der rechtsstaatlichen Forderung nach größtmöglicher Durchschaubarkeit und Offenheit, die für unsere freiheitliche Lebensordnung im Zusammenwirken zwischen staatlichen Organen und demokratischen Kräften unerlässlich ist.

Der gesetzlich fest umrissene Auftrag der Behörden für Verfassungsschutz ist die Sammlung und Auswertung von Unterlagen über

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht und
- Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Schutzgegenstand ist nicht eine bestimmte Regierung, sondern unsere freiheitliche demokratische Grundordnung, ein Kernbestand von Verfassungsprinzipien, der weder beliebig auslegbar, noch von staatlichen Organen nach ihrer Auffassung definiert werden kann. Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung gibt es keine Alternative.

Diese Entscheidung des Verfassungsgebers für einen absoluten Schutz des Kernbestandes der wichtigsten Grundwerte und Prinzipien eines freiheitlichen demokratischen und sozialen Rechtsstaates beruht auf den leidvollen Erfahrungen der Weimarer Zeit und der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus.

In dem umfassenden Schutzsystem unseres Grundgesetzes nimmt der Verfassungsschutz eine verantwortungsvolle und schwierige Aufgabe wahr. Er arbeitet dabei nach klaren rechtsstaatlichen Grundsätzen. Es gibt keine „Grauzone“, in der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes etwa willkürlich oder tendenziös nach ihrem Ermessen Nachrichten gewinnen und auswerten. Eine inzwischen gefestigte Rechtsprechung zu Zweifelsfragen und in Grenzfällen hat die Weiterentwicklung des Verfassungsschutzrechts wesentlich gefördert. Sie hat dazu beigetragen, daß klare Regeln und Dienstvorschriften geschaffen werden konnten.

Über die Einhaltung der rechtsstaatlichen Regeln wachen nicht nur die Dienstaufsicht, die Datenschutzbeauftragten und parlamentarische Kontrollorgane, sondern in einer Demokratie wie der unsrigen auch Presse, Rundfunk und Fernsehen. Die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes scheuen keine sachliche Kritik an ihrer Arbeit. Nur liegt es in der Natur der Sache, daß die Verfassungsschutzbehörden sich nicht in gleichem Maße wie andere Behörden gegen unberechtigte Angriffe wehren können. Sie müssen manchmal schweigen auch wenn sie im Recht sind. Deshalb brauchen die Mit-

arbeiter des Verfassungsschutzes auch Vertrauen.

Der beste Verfassungsschützer ist der kritische und engagierte, demokratische Bürger. Der Bericht soll deshalb über die Entwicklung des politischen Extremismus orientieren und eine Hilfe in der notwendigen geistigen Auseinandersetzung mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen bieten. Der Wert eines solchen Berichts liegt besonders in der nahtlosen Darstellung und den jeweiligen Beurteilungen von bestimmten Schwerpunkten, die in größere Zusammenhänge gebracht werden. Dem interessierten Bürger wird

ein Lagebild vermittelt, das zwar keine Vollständigkeit beansprucht, aber Tendenzen aufzeigt und verfassungsfeindliche Bestrebungen erkennen läßt.

Die verdienstvolle Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden hat dazu beigetragen, daß die Stabilität unserer Demokratie gewährleistet werden konnte. Den Mitarbeitern des Verfassungsschutzamtes, auf deren sorgfältiger und abwägender Tätigkeit dieser Bericht beruht, danke ich erneut für ihre gewissenhafte Aufgabenerfüllung, die nur unter persönlichen Verzichtleistungen zu erbringen ist.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Günther' followed by a stylized flourish.

Dr. Herbert Günther
Hessischer Minister des Innern

Inhalt	Seite
Gesetzliche Grundlagen	5
Grundgesetz	5
Verfassungsschutzgesetz	5
Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz	7
Parlamentarische Kontrolle	7
 Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz	
Hessen	8
 Informativer Verfassungsschutz	9
 Rechtsextreme Bestrebungen	11
Allgemeine Entwicklungstendenzen	11
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	11
Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)	12
Nebenorganisationen der NPD	12
Sonstige traditionelle rechtsextreme Gruppen und Jugendorganisationen	13
Deutsche Volksunion (DVU)	13
Wiking-Jugend (WJ)	14
Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)	14
Neonazistische Bestrebungen	14
Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI)	14
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)	15
Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBD/PdA)	16
Nationale Aktivisten (NA)	16
Verwendung von NS-Symbolen	17
Auslandsbeziehungen deutscher Rechtsextremisten	18
Neonazistische Ausschreitungen	18
Strafurteile gegen Rechtsextremisten	19
Beurteilung	19
 Linksextreme Bestrebungen	20
Allgemeine Entwicklungstendenzen	20
Orthodoxer Kommunismus	21
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	21
Nebenorganisationen der DKP	25
Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)	25

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	25
Junge Pioniere (JP)	26
Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF)	26
Marxistische Arbeiterbildung (MAB)	27
DKP-beeinflußte Organisationen	27
Deutsche Friedensunion (DFU)	27
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)	28
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)	28
Demokratische Fraueninitiative (DFI)	29
Neue Linke	29
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	29
Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD)	30
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)	30
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)	31
Kommunistischer Bund (KB)	31
Sonstige kommunistische Gruppen	31
Undogmatische Neue Linke	31
Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen	32
Terrorismus	33
Rote Armee Fraktion (RAF)	33
Revolutionäre Zellen (RZ)	34
Beurteilung	35
Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern	36
Allgemeine Entwicklungstendenzen	36
Türken	36
Jugoslawen	38
Iraner	39
Palästinenser	39
Syrer	39
Kurden	40
Beurteilung	40
Spionageabwehr	41
Allgemeine Lage	41
Werbungsanlässe und -methodik	41
Umfang und Ziele nachrichtendienstlicher Aktivitäten	43
Führungsmethodik	43
Beurteilung	44

Gesetzliche Grundlagen

Grundgesetz

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland sieht für die Aufgaben des Verfassungsschutzes vor:

Art. 73 Nr. 10

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über . . . die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder . . .

- b) zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) und
- c) zum Schutze gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, . . .

Art. 87 Abs. 1 Satz 2

Durch Bundesgesetz können . . . Zentralstellen . . . zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, eingerichtet werden.

Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682), geändert durch Gesetz vom 7. August 1972 (BGBl. I S. 1382)

§ 1

(1) Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten.

(2) Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

§ 2

(1) Für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern errichtet der Bund ein Bundesamt für Verfassungsschutz als Bundesoberbehörde. Es untersteht dem Bundesminister des Innern.

(2) Für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund bestimmt jedes Land eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

§ 3

(1) Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,
 3. Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.
- (2) Ferner wirken das Bundesamt für Verfassungsschutz und die nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden mit
1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
 2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
 3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.
- (3) Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach Absatz 1 und Absatz 2 ist es befugt, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Das Amt darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.
- (4) Die Gerichte und Behörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

§ 4

- (1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die in jedem Lande gemäß § 2 Abs. 2 bestimmte Behörde über alle Unterlagen, deren Kenntnis für das Land zum Zwecke des Verfassungsschutzes erforderlich ist.
- (2) Die in den Ländern bestimmten Behörden unterrichten das Bundesamt über alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, von denen sie Kenntnis erhalten und die für den Bund, die Länder oder eines von ihnen von Wichtigkeit sind.
- (3) Ist gemäß § 2 Abs. 2 eine andere als die Oberste Landesbehörde bestimmt, so ist die Oberste Landesbehörde gleichzeitig zu benachrichtigen.

§ 5

- (1) Die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes erfolgt, den Obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen.
- (2) Der Bundesminister des Innern kann im Rahmen des § 3 den nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden Weisungen für die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erteilen. § 4 Abs. 3 gilt sinngemäß.

§ 6

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz

vom 19. Juli 1951 (GVBl. S. 43), geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 21. März 1962 (GVBl. S. 213)

§ 1

(1) Gemäß § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682) wird für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht dem Minister des Innern.

(2) Der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz ist Beamter im Sinne des § 57 des Hessischen Beamtengesetzes.

§ 2

Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu.

§ 3

(1) Die hessischen Behörden sind dem Landesamt für Verfassungsschutz zur Auskunft verpflichtet. Auf dessen Ersuchen haben sie ihm Unterlagen über Bestrebungen, die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung im Bund oder in einem Lande oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Mitglieder verfassungsmäßiger Organe der Bundesrepublik oder eines Landes zum Ziele haben, zu übersenden.

(2) Die hessischen Behörden sind verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn ihnen Bestrebungen der in Absatz 1 bezeichneten Art bekannt werden.

§ 4

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften erläßt der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem beteiligten Fachminister.

§ 5

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Parlamentarische Kontrolle

Die parlamentarische Kontrolle über das LfV Hessen übt innerhalb des Hessischen Landtags der ständige Ausschuß (Hauptausschuß) aus. Dies beruht auf § 25 Abs. 6 Satz 1 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, der lautet: Im übrigen ist der Hauptausschuß insbesondere zuständig für die Beratung von Gegenständen, die verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bedeutung haben, sowie von Gegenständen, die aus Sicherheitsgründen vertraulicher Behandlung bedürfen.

Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen (LfV)

Das LfV Hessen ist eine obere Landesbehörde und gehört zum Geschäftsbereich des Hessischen Ministers des Innern. Es nahm seine Tätigkeit am 28. November 1950 auf. Die Dienststelle befindet sich in Wiesbaden und ist unter Postfach 3905 bzw. der Telefonnummer (0 61 21) 7 78 21 zu erreichen.

Das LfV gliedert sich in 6 Abteilungen mit folgender Zuständigkeit:

Abteilung Z – Verwaltung

Abteilung I – Zentrale Fachfragen,
Nachrichtendienstliches
Informationssystem (NADIS),
Auswertung Rechtsextremismus,
Auswertung Sicherheitsgefährdende
Bestrebungen von Ausländern

Abteilung II – Beschaffung

Abteilung III – Auswertung Linksextremismus
und Terrorismus

Abteilung IV – Spionageabwehr

Abteilung V – Geheimschutz

Informativer Verfassungsschutz

Unabhängig vom Landesamt für Verfassungsschutz besteht im Hessischen Ministerium des Innern ein Referat für «informativen Verfassungsschutz». Die Aufgaben dieses schon 1968 eingerichteten Referats sind 1974 durch Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Innenminister/-senatoren der Länder (IMK) konkretisiert worden. In dem Programm für die «Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland» formulierte die IMK im Februar 1974 als Forderung:

«Verfassungsschutz durch Aufklärung: Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann auf Dauer nur durch die politische Auseinandersetzung mit den verfassungswidrigen Bestrebungen gesichert werden.» In Ausführung dieses Programmsatzes beschloß die IMK am 9. Dezember 1974 die Rahmenkonzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung». In ihrer Sitzung am 2. Februar 1979 hat sie ihre wiederholt geäußerte Auffassung bekräftigt, daß in der Öffentlichkeit Aufgaben, Notwendigkeit, Tätigkeit und Stellung der Verfassungsschutzbehörden besser zu verdeutlichen sind.

Es handelt sich um zwei Aufgabenbereiche, die wechselseitig in einem engen Zusammenhang stehen:

- *Umfassende verfassungsrechtliche und politische Aufklärung über Wesen, Einrichtung und Praxis des Verfassungsschutzes als eines komplexen Sicherungs- und Abwehrsystems gegenüber verfassungswidrigen Bestrebungen einschließlich Darstellung seiner Probleme und rechtlichen Kontrollen.*
- *Information über Art und Umfang der verfassungswidrigen Bestrebungen mit dem Ziel, die geistige Auseinandersetzung im Rahmen der politischen Bildungsarbeit zu unterstützen.*

Der informative Verfassungsschutz befaßt sich auch mit Informationen aus der Ursachenforschung über den politischen Extremismus.

Das Referat beteiligt sich an der Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes, insbesondere im Bereich der Polizei und der allgemeinen inneren Verwaltung, unterstützt Lehrer in der politischen Bildungsarbeit, sucht aber auch das unmittelbare Gespräch mit Schülern. Einen wesentlichen Teil der Arbeit macht die Diskussion mit Hochschullehrern und Studenten aus. Politische Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und Kirchen haben seit Jahren mit dem informativen Verfassungsschutz Veranstaltungen durchgeführt.

Vorträge, die vom Referat für informativen Verfassungsschutz gehalten werden und Themen, an deren Diskussion sich das Referat beteiligen kann:

- Verfassungsschutz in der rechtsstaatlichen Demokratie
- Rechtsgrundlagen, Aufgaben und Praxis der Ämter für Verfassungsschutz einschließlich ihrer Kontrolle
Besondere Probleme des Verfassungsschutzes (Amtshilfe- und Datenschutzrecht)
- Extremisten im öffentlichen Dienst *Historische Entwicklung, Gefahren des politischen Extremismus und rechtliche Probleme*
- Zur Problematik des Parteiverbots nach Art. 21 Abs. 2 GG
- Spionageaufklärung in der Bundesrepublik Deutschland
Darstellung von besonderen Fällen
- Der informative Verfassungsschutz als spezieller Weg in Hessen der Bund/Länder-Konzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung»
 - Verfassungsschutz und politische Bildung Gemeinsame Lernziele
 - Zu den Ursachen der politischen Gewaltkriminalität *Deutungsversuche an praktischen Beispielen*

- Linksextreme Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland *Organisationen, Taktik und politische Zielsetzungen*
- Strategie und Taktik der prosojjetischen Kommunisten im Rahmen der Bündnispolitik
*Einwirkungsversuche auf Umweltschutz- und Friedensbewegungen
Agitation am Arbeitsplatz*
- Die Auseinandersetzung zwischen orthodoxen Kommunisten und der extremen Neuen Linken
- Zu den Ursachen linksextremer Bestrebungen
Militanter Antikapitalismus, Proteste gegen die moderne Industriegesellschaft
- Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland
Zur Diskussion über die Ursachen
- Rechtsextreme Denkvorstellungen in Staat und Gesellschaft *Autoritäre Einstellungen, Antisemitismus, emotionaler Antikommunismus*
- Der organisierte Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland *Daten und Fakten über Organisationsstrukturen rechtsextremer Gruppen*
- Neonazistische, insbesondere terroristische Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland
Beteiligung von Jugendlichen und internationale Verbindungen
- Taktik und Propagandamethoden des Rechtsextremismus
Techniken rechtsextremer Agitation
- Der Nährboden des Rechtsextremismus
Deutung der Wahlergebnisse und Darstellung der Trägergruppen sowie der sie begünstigenden Faktoren zur Diskussion der Ergebnisse von Meinungsumfragen
- Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Bestrebungen Erfahrungen aus der Praxis und Anregungen am Beispiel der Ausländerfeindlichkeit

Rechtsextreme Bestrebungen

Allgemeine Entwicklungstendenzen

Die in den letzten Jahren erkannte Entwicklung im Bereich rechtsextremer Aktivitäten setzte sich im Berichtsjahr fort. Rechtsextremisten lehnen weiterhin unseren Staat ab. Sie bekämpfen und verleumden die parlamentarische Demokratie. Bei den Neonazis wird darüber hinaus die Rechtfertigung des NS-Regimes und der Wunsch erkennbar, eine Diktatur nach dessen Vorbild zu errichten. Ihre Einstellung ist meist von rassistischen Motiven und einer Überbewertung der «Volksgemeinschaft» bestimmt.

Der Niedergang des organisierten Rechtsextremismus hielt weiter an. So brachten der *NPD* auch zunehmende Arbeitslosigkeit und ausländerfeindliche Parolen keinen Zulauf. Sie zog aus dieser Lage die Folgerung und beteiligte sich erst gar nicht an den Wahlen zum Hessischen Landtag am 26. September. Demgegenüber haben sich die Aktivitäten kleinerer neonazistischer Gruppierungen noch verstärkt, und fanatisierte Rechtsterroristen schrecken nicht davor zurück, schwerste Gewalttaten zu begehen. Obwohl weiterhin die Zusammenarbeit deutscher Neonazis mit ausländischen Gesinnungsfreunden intensiviert wurde, ist es jedoch bisher nicht zu international zusammengesetzten Terrorgruppen gekommen.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die *NPD* wurde auch 1982 von dem Rechtsanwalt Martin Mußnug (46), Tuttlingen, geführt, der bereits seit 1971 an der Spitze der Partei steht. Auch er konnte jedoch den seit längerem zu beobachtenden Rückgang der Mitglieder nicht aufhalten. Die Mitgliederzahl ging

bundesweit auf weniger als 6 000 zurück, sicherlich auch als Folge einer anhaltenden Serie von Wahlniederlagen.

Die finanziellen, personellen und organisatorischen Schwierigkeiten der Partei ließen Großveranstaltungen nicht zu und führten sogar zu einem Verzicht auf das jährliche «Deutschlandtreffen» am 17. Juni. So blieb der Bundesparteitag am 26./27. Juni in Germersheim/Pfalz die einzige herausragende Veranstaltung der *NPD*. Er stand in engem Zusammenhang mit den Feiern zum 150. Jahrestag des *Hambacher Festes*. In seiner Rede stellte der Parteivorsitzende das «Manifest 84» als Wahlprogramm der Partei vor, das sich für einen Neutralismus zwischen Ost und West ausspricht. In ihm wird der Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten zu einer «Föderation Deutschland» als Vorstufe der Wiedervereinigung befürwortet.

1982 beteiligte sich die *NPD* nur an der Landtagswahl in Bayern am 10. Oktober. Sie konnte dabei lediglich ihr Ergebnis von den Landtagswahlen im Jahre 1978 von 0,6% halten, obwohl sie mit dem Ausländerproblem eine aktuelle Frage in den Vordergrund ihres Wahlkampfes stellte. Der erhoffte Zuwachs blieb aus.

Dem Landesverband Hessen gehören in 21 Kreisverbänden weiterhin etwa 550 Mitglieder an. An seiner Spitze steht der 71jährige Erich Gutjahr, Frankfurt am Main.

Der Landesparteitag fand am 16. Januar in Frankfurt am Main – Sindlingen statt. An ihm nahm auch der Bundesvorsitzende teil. Die Delegierten verabschiedeten dabei ein vom Landesvorstand zu Fragen der Ausländer-, Friedens-, Wirtschafts- und Sozialpolitik erarbeitetes Thesenpaket. Darin wurden u. a. Forderungen nach einem «begrenzten Aufenthalt für Ausländer» erhoben und daß «wirtschaftliches Handeln grundsätzlich lebens- und kulturfördernd sein» müsse. Daneben beschäftigte sich der Parteitag vor allem mit der Frage der Beteiligung der *NPD* an den hessischen Landtagswahlen am 26. Sep-

tember. Die Mehrheit der Delegierten sprach sich dabei gegen die Teilnahme aus.

Zur Vorbereitung der vorgezogenen Bundestagswahl am 6. März 1983 hielt der Landesverband Hessen am 6. November in Wölfersheim (Wetteraukreis) seinen Landeslistenparteitag ab. Die Delegierten stellten den Landesvorsitzenden Erich Gutjahr an die Spitze einer 29 Personen umfassenden Landesliste. Ihr Ziel, in allen 22 Wahlkreisen Direktkandidaten antreten zu lassen, konnte die *NPD* jedoch nur in zehn Wahlkreisen verwirklichen.

Der stellvertretende *NPD*-Landesvorsitzende und Landesorganisationsleiter Franz Brandl, Niedernhausen, legte am 13. November wegen persönlicher Differenzen mit dem Landesvorsitzenden Erich Gutjahr seine Ämter nieder. Er verzichtete auch auf eine Kandidatur für die Bundestagswahl im Rheingau-Taunus-Kreis.

Die öffentlichen Aktivitäten der Kreisverbände bestanden im wesentlichen in der Förderung der *Bürgerinitiative Ausländerstopp* in Nordrhein-Westfalen bei der Durchführung des dortigen Volksbegehrens. Dazu hatten sich die Kreisverbände Wetzlar, Marburg, Hochtaunus, Wetzlar-Dillenburg, Frankfurt am Main und Osthessen bereit erklärt.

Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)

Die Anfang 1980 in Bochum aufgrund einer *NPD*-Initiative gegründete *BIA*, der inzwischen alle *NPD*-Landesverbände beigetreten sind, gab seit Mai ein *Info Magazin Ausländerstopp* heraus. Darin wandte sie sich gegen die «herrschende Integrationspolitik» und warf der Bundesregierung eine «verantwortungslose Ausländerpolitik» vor. Diese gefährde die Zukunft unseres Volkes.

Am 17. März stellte die *BIA* beim Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen den Antrag, Eintragungslisten für ein Volksbegehren zuzulassen. Dieses zielte darauf ab, in den Schulen des Landes die

Kinder von Ausländern und deutsche Kinder in getrennten Klassen zusammenzufassen. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen lehnte den Antrag mit der Begründung ab, er verstöße gegen ein UNESCO-Abkommen von 1960, nach dem jede Diskriminierung im Unterricht unzulässig ist.

Mit der Sammlung von Unterschriften für das Volksbegehren, aber auch für eine Petition an den Bundestag zum Thema «Ausländerstopp», verfolgte die *BIA* noch ein anderes Ziel: Sie hoffte, dadurch die Adressen solcher Personen zu erhalten, die als *NPD*-Mitglieder geworben werden können. Da sich diese Hoffnung nicht erfüllt hat, haben die Aktivitäten der *BIA* inzwischen deutlich nachgelassen. Statt der für die Petition erhofften 100 000 Unterschriften wurden nur etwa 53 000 geleistet. Mit ihnen wurde die Petition im Oktober dem Bundestag übergeben. An der Aktion waren die schon genannten hessischen Kreisverbände beteiligt.

Am 1. Juni gründeten Nationaldemokraten und Mitglieder der *BIA* in Frankfurt am Main die *Hessenliste für Ausländerstopp (HLA)*. Als Landesvorsitzender wurde Max Rinke, Frankfurt am Main, gewählt. Die *HLA*, die nach dem Vorbild anderer bereits existierender «Anti-Ausländer-Listen» gegründet wurde, fordert u. a. eine «Trennung in Freundschaft» von den Ausländern sowie einen «Einwanderungsstopp für Ausländer». Ebenso wie die *NPD* nahm auch die *HLA* nicht an den hessischen Landtagswahlen am 26. September teil.

Nebenorganisationen der *NPD*

Die *Jungen Nationaldemokraten (JN)*, die Jugendorganisation der *NPD*, verfolgen zwar uneingeschränkt deren Ziele, übten jedoch auch Kritik an der nach ihrer Auffassung laschen Haltung der *NPD* und drohten, ins neonazistische Lager abzuwandern. Ihre Mitgliederzahl ist gegenüber dem Vorjahr bundesweit von etwa

750 auf rund 500 gesunken. Nicht zuletzt dürften hierzu auch Streitigkeiten im Bundesvorstand beigetragen haben. Einige Vorstandsmitglieder legten ihre Ämter nieder oder traten aus dem Verband aus. Der bisherige Bundesvorsitzende Rainer Vogel (32) aus Hürth wurde auf dem ordentlichen Bundeskongreß am 30./31. Oktober in Gaste, Kreis Osnabrück, zwar wiedergewählt. Dies geschah jedoch nur mit knapper Mehrheit. Als Folge der Streitigkeiten verlegte Vogel die *JN*-Bundesgeschäftsstelle von Saarbrücken nach Köln. Sie wird nunmehr von dem dort ansässigen Stefan Meise geführt.

Da die *NPD* auf das jährliche «Deutschlandtreffen» verzichtet hatte, führten die *JN* am 17. Juni in Bad Hersfeld eine «Bundesaktion» durch, die vom Bundesvorstand organisiert worden war. Nach einer Kundgebung, bei der Mitglieder des Bundesvorstandes vor etwa 100 Teilnehmern zum Thema «17. Juni 1953» sprachen, folgte eine Fahrt zur Demarkationslinie und zum Mahmal Bodesruh, an dem ein Kranz niedergelegt wurde. Die «Bundesaktion» endete mit einer Abschlußveranstaltung im Dorfgemeinschaftshaus Wild-
eck-Höhnebach.

Der hessische Landesverband der *JN* konnte nach eigenen Angaben seine Mitgliederzahl leicht erhöhen und zählt derzeit etwa 60-70 Mitglieder. Landesvorsitzender ist weiterhin der 28jährige Krankenpfleger Ludwig Palm aus Leun. Im November gab der Landesverband die Gründung der Kreisverbände Waldeck-Frankenberg und Wetterau bekannt. Damit sind im Landesverband Hessen 19 Kreisverbände zusammengeschlossen. Die *JN* unterstützten die Arbeit der *NPD* vor allem durch das Verteilen von Flugblättern und Informationsstände. Vom 20. bis 22. August fand in Rotenburg an der Fulda ein Zeltlager der *JN* statt, an dem sich 15-20 Personen beteiligten.

Der *Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB)* hat wie im vergangenen Jahr bundesweit nur noch wenige Mitglieder und ist in keinem Studentenparlament

vertreten. Aktivitäten des *NHB* in Hessen wurden nicht bekannt.

Sonstige traditionelle rechtsextreme Gruppen und Jugendorganisationen

Deutsche Volksunion (DVU)

Die 1971 von dem Verleger Dr. Gerhard Frey aus München gegründete *DVU* bildet den organisatorischen Kern der folgenden *National-Freiheitlichen Aktionsgemeinschaften*:

*Aktion deutsche Einheit (AKON),
Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA),*

Initiative für Ausländerbegrenzung (i.f.A.),

Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF).

Zusammen mit diesen Aktionsgemeinschaften stellt die *DVU* zwar die größte rechtsextreme Organisation dar. Dr. Frey konnte jedoch die bundesweit rund 10 000 Mitglieder zählende Gruppierung (in Hessen etwa 200) nicht weiter verstärken. Ihre Zugkraft hat nachgelassen.

Die *national-freiheitlichen* Aktivitäten zeichneten sich im Berichtszeitraum durch Fremdenfeindlichkeit sowie die Agitation gegen Rundfunk- und Fernsehanstalten aus. Letztere erreichte ihren Höhepunkt, als im November nochmals die Fernsehserie «Holocaust» ausgestrahlt wurde.

Hauptredner bei den Vortragsreihen der *DVU* in zahlreichen Städten des Bundesgebietes, u. a. in Frankfurt am Main, Darmstadt und Wiesbaden, waren der britische Schriftsteller David Irving, der auf der Jahreshauptversammlung der *DVU* am 9. Mai in Stuttgart den «Europäischen Freiheitspreis der Deutschen National-Zeitung» erhielt, und Dr. Frey. Bei der Veranstaltung in Wiesbaden, die von Demonstranten massiv gestört wurde, kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen. Am 7. März referierte David Irving vor etwa 150 Personen aller Altersgruppen in

Kassel über das Thema «Nürnberger Prozesse – Gerechtigkeit oder Siegerjustiz?». Dr. Frey hatte zu diesem Vortrag in seinen Presseerzeugnissen, dem *Deutschen Anzeiger (DA)* als Presseorgan der *DVU* und der *Deutschen National-Zeitung (DNZ)*, eingeladen.

Bei den Beisetzungsfeierlichkeiten für das Ehrenmitglied der *DVU*, den Oberst der ehemaligen deutschen Wehrmacht und bekannten Rechtsextremisten Hans-Ulrich Rudel, am 22. Dezember in Dornhausen (Mittelfranken) befanden sich unter den etwa 400 Trauergästen führende in- und ausländische Rechtsextremisten. Im Verlauf der Beerdigung hoben fünf Anwesende die Hand zum «Deutschen Gruß».

Wiking-Jugend (WJ)

Die parteiunabhängige und 1952 gegründete *Wiking-Jugend* fühlt sich der «Artgemeinschaft des Blutes» verpflichtet und wirbt für den «germanischen Rassegedanken». Die Organisation, die sich in Gau und Horste gliedert, hat bundesweit etwa 350, in Hessen etwa 40 Mitglieder. Bundesführer ist weiterhin Wolfgang Nahrath aus Köln.

Die *Wiking-Jugend* trat am 21. August in Passau gestaltend bei einer Kundgebung der *Aktion deutsche Einheit (AKON)* des *national-freiheitlichen* Lagers von Dr. Frey auf. Wie in den vergangenen Jahren hatte die Bundesführung auch 1982 zum traditionellen Winterlager vom 27. Dezember bis 1. Januar nach Hilders-Simmershausen in der Rhön eingeladen. Für den Silvesternachmittag war in Hilders eine Demonstration gegen «kommunistische Umtriebe im Landkreis Fulda» und in der Silvesternacht ein Mahnfeuer an der Demarkationslinie in der Gemarkung Simmershausen vorgesehen. Etwa 120 meist jugendliche Personen beteiligten sich an der Demonstration. Das Mahnfeuer wurde in einem Steinbruch in der Nähe der Demarkationslinie abgebrannt.

Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)

Der *Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)* war bundesweit mit internen Auseinandersetzungen beschäftigt. Meinungsverschiedenheiten führender Funktionäre über den einzuschlagenden Kurs führten in eine ernste Krise. Den Versuchen junger Funktionäre, den *BHJ* aus der «rechten Ecke» herauszuführen, stand das Bemühen anderer gegenüber, ihn weiter auf einem «streng rechten Kurs» zu halten. Auf dem *Bundesjugendtag* im September wurde Heinz-Gert Höffkes zum Ersten Bundesführer gewählt.

Der *BHJ* wehrte sich gegen die Einstufung als rechtsextrem in den Verfassungsschutzberichten von Bund und Ländern. Das Verwaltungsgericht Schleswig wies jedoch am 10. November einen Antrag des *BHJ* auf Erlass einer Einstweiligen Anordnung gegen den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein zurück, da die Einstufung auf sachgerechten Erwägungen beruhe. Der *BHJ* hat diese Entscheidung angefochten.

In Hessen hat der *BHJ* nur einige Mitglieder und ist kaum in Erscheinung getreten.

Neonazistische Bestrebungen

Deutsche Bürgerinitiative e. V.: (DBI)

Die 1971 in Bensheim von dem ehemaligen Rechtsanwalt Manfred Roeder und einigen anderen gegründete *DBI* hatte sich ursprünglich den Kampf gegen die Pornografie zum Ziel gesetzt, entwickelte sich jedoch in der Folgezeit mehr und mehr zu einer neonazistischen Gruppierung. Die *DBI*, die sich auch *Freiheitsbewegung Deutsches Reich* und *Europäische Freiheitsbewegung* nennt, besteht in der Praxis aus Manfred Roeder, seiner Ehefrau Gertraud und Anhängern, die seine «Arbeit» und den Lebensunterhalt seiner großen Familie durch Spenden unterstützen.

Gegen Roeder, der 1978 untergetaucht war und im Herbst 1980 im Zuge der Ermittlungen gegen die *Deutschen Aktionsgruppen* festgenommen wurde, verhängte das Oberlandesgericht Stuttgart am 28. Juni eine Freiheitsstrafe von 13 Jahren wegen Rädelsführerschaft in der terroristischen Vereinigung *Deutsche Aktionsgruppen*. Zwei Mitangeklagte erhielten eine lebenslängliche Freiheitsstrafe, ein weiterer sechs Jahre Freiheitsentzug. Den *Deutschen Aktionsgruppen* wurde zur Last gelegt, eine Reihe von Sprengstoffanschlägen, u. a. auf Ausländerunterkünfte, begangen zu haben, bei denen mehrere Personen verletzt und zwei Menschen getötet wurden. Roeder bestritt, von diesen Anschlägen vorher gewußt zu haben, und hat gegen das Urteil Revision eingelegt.

Ein weiteres gegen Roeder vor dem Landgericht Frankfurt am Main anhängiges Strafverfahren wegen Volksverhetzung – er hatte zu der rechtsextremen Broschüre «Die Auschwitz-Lüge» das Vorwort geschrieben – wurde im November eingestellt, nachdem Roeder sich von der Behauptung distanzierte, die Morde im Konzentrationslager Auschwitz seien nur eine Lüge.

Manfred Roeder hält die Verbindung zu seinen Anhängern durch monatliche *Briefe* aufrecht, die im Berichtsjahr von ihm in der Haft verfaßt oder von seiner Ehefrau oder seiner ehemaligen Sekretärin herausgegeben wurden. Während sich die *Briefe* des ersten Halbjahres vorwiegend mit dem Strafverfahren vor dem Oberlandesgericht Stuttgart befaßten, beschäftigten sich die folgenden mit dem Urteil, das als «einzige himmelschreiende Ungerechtigkeit» (31. *Brief*) oder als «Horrorurteil» (32. *Brief*) bezeichnet wurde. Die *DBI* sei immer nur «gegen die Ungerechtigkeit, die Veruntreuung deutscher Interessen, gegen Ehrlosigkeit und Unterdrückung der Freiheit» aufgetreten. Man habe «immer nur gegen Diktatur und Willkür des heutigen Systems, gegen den schnöden Ausverkauf von Grundrechten

und Grundfreiheiten protestiert» (31. *Brief*). Roeder gibt zu, die Anwendung von Gewalt befürwortet zu haben, erklärt jedoch, sich entschieden von dieser Denkweise abgewandt zu haben und jetzt zu wissen, daß seine «klammheimliche Freude» über den ersten Sprengstoffanschlag der Mitangeklagten falsch und gefährlich gewesen sei. Er mache sich «heute den Vorwurf, damals nicht weitergedacht zu haben» (31. *Brief*).

Die vor der Inhaftierung Roeders regelmäßig durchgeführten *Freundestreffen* der *DBI* auf dem *Reichshof*, dem Wohnsitz der Familie Roeder in Schwarzenborn (Knüll), finden nur noch unregelmäßig statt. Sie haben ebenso an Bedeutung verloren wie die *DBI* als solche, zumal auch der Spendeneingang rückläufig ist. Auflösungserscheinungen sind erkennbar.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Die *HNG* wurde 1979 in Frankfurt am Main gegründet. Ihr Vorsitzender ist seit dieser Zeit Henry Beier aus Frankfurt am Main. Er zeichnet auch für die monatlich erscheinende *Information der HNG* verantwortlich. Die Mitgliederzahl liegt bundesweit bei etwa 230, in Hessen bei 60 Mitgliedern.

Die *HNG* ist nach dem Verbot der *Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/ Partei der Arbeit (VSBd/PdA)* die derzeit mitgliederstärkste und aktivste neonazistische Organisation in der Bundesrepublik Deutschland. Nach ihrer Satzung will sie inhaftierte Gesinnungsgenossen moralisch und finanziell unterstützen. Die Mittel hierfür sollen durch Mitgliedsbeiträge und Spenden aufgebracht werden. Derzeit «betreut» die *HNG* etwa 20 «politische Häftlinge». Die zur Verfügung stehenden Mittel sind jedoch sehr gering. Die *HNG* unterhält Verbindungen zu einer Vielzahl neonazistischer Gruppierungen im In- und Ausland.

Die Jahreshauptversammlung der *HNG* fand am 27. Februar in Hüttenberg bei Gießen statt und wurde von dem erst im Januar aus der Strafhaft entlassenen 1. Vorsitzenden Henry Beier geleitet. Dieser hatte zwei Drittel einer 18monatigen Freiheitsstrafe verbüßt, zu der er wegen fortgesetzter Verbreitung von Propagandamitteln und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen sowie Volksverhetzung verurteilt worden war. Zur Erweiterung der Organisation und einer besseren Arbeitsaufteilung wurden für Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Berlin, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein Landesbeauftragte ernannt.

Am 12. Juni fand in Hüttenberg eine weitere Versammlung der *HNG* statt, an der etwa 80 Personen, darunter mehrere als militant bekannte Neonazis, teilnahmen. Aufgrund der schlechten Finanzlage wurde eine Beitragserhöhung beschlossen. Das *Sommerfest* der *HNG* fand unter Beteiligung von etwa 80 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet am 28. August in Fulda statt. 20 Teilnehmer erschienen in uniformähnlicher Aufmachung. Als Hauptredner einer Veranstaltung der *HNG* am 23. Oktober in Hüttenberg trat Generalmajor a. D. Otto Ernst Remer auf, der am 20. Juli 1944 als Kommandeur der Wacheinheiten in Berlin maßgeblichen Anteil daran hatte, daß das Attentat auf Hitler erfolglos blieb, und später stellvertretender Vorsitzender der 1952 verbotenen rechtsextremen *Sozialistischen Reichspartei (SRP)* war. Nach Remer liegt die Zukunft Deutschlands in der «bewaffneten Neutralität». Er bezeichnete u. a. die Gründung der Bundesrepublik Deutschland als den größten Verrat am Deutschen Reich.

Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBd/PdA)

Die 1971 in Krefeld unter dem Namen *Partei der Arbeit* von dem Rechtsextremisten Friedhelm Busse gegründete und seitdem geführte *VSBd/PdA* wurde durch

Vertüfung des Bundesministers des Innern vom 27. Januar verboten. Die nach Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes ergangene Verbotsverfügung wirft der *VSBd/PdA* u. a. ihr offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus und das Streben nach dessen Wiederherstellung vor. Die Verbotsverfügung wurde von der *VSBd/PdA* angefochten. Sie ist noch nicht rechtskräftig.

Führende Mitglieder der Organisation waren vor dem Verbot durch gewalttätige Aktionen aufgefallen. Nicht wenige haben sich danach anderen Organisationen angeschlossen oder in Kleinstgruppen betätigt. Letzteres trifft insbesondere für den ehemaligen 1. Vorsitzenden des Landesverbandes Hessen Dieter Sporleder, den 2. Vorsitzenden Walther Kexel und die ehemaligen Mitglieder der *VSBd/PdA* Bläsche und Tillmann zu, die zusammen mit Odfried Hepp und Hans-Peter Fraas, ehemaligen Angehörigen der verbotenen *WSG-Hoffmann*, eine terroristische Vereinigung bildeten und verdächtig sind, Ende des Jahres Sprengstoffanschläge auf US-Soldaten sowie fünf Banküberfälle verübt zu haben. Mit Ausnahme des noch flüchtigen Hepp befinden sich die Angehörigen dieser Bande seit Mitte Februar 1983 in Haft.

Hepp und Kexel hatten sich im Sommer in einem «offenen Brief» von anderen Neonazis distanzieren und als ihr Ziel einen «undogmatischen Befreiungskampf» zusammen mit linken und rechten Kräften gegen den «Amerikanismus» verkündet. Sie verurteilten den «Hitlerismus», dem sie früher einmal selbst anhängen, den «bürgerlichen Nationalismus» und den «NS- und Uniformfetischismus». Diese «drei Unarten des Nationalismus» schädeten «dem eigentlichen Anliegen unseres Volkes, dem antiimperialistischen Befreiungskampf».

Nationale Aktivisten (NA)

Die *Nationalen Aktivisten* sind in Hessen unter dieser Bezeichnung erstmals im

Herbst 1982 aufgetreten, und zwar als Ortsgruppe Fulda (etwa 10–15 Mitglieder) und Ortsgruppe Frankfurt am Main (rund 15 Mitglieder).

Die Ortsgruppe Fulda besteht im wesentlichen aus den Mitgliedern der Ende 1980 von dem ehemaligen BGS-Angehörigen Thomas Brehl gegründeten *Wehrsportgruppe Fulda (WSG-Fulda)*. Brehl hatte im Herbst in Briefen an Gesinnungsfreunde das Experiment «Wehrsportgruppe» für gescheitert erklärt und die Auflösung der *WSG-Fulda* bekanntgegeben. Diese war am 20. Juni besonders aufgefallen, als eine größere Zahl von Gesinnungsgenossen unter der Führung von Brehl in Bad Hersfeld anlässlich des dortigen Kameradschaftstreffens ehemaliger Angehöriger der *Waffen-SS* Flugblätter verteilten, in denen die *Waffen-SS* verherrlicht wurde.

Brehl war auch maßgeblich an der Reaktivierung der nach dem Verbot der *VSBd/PdA* in Frankfurt am Main auseinanderfallenden *NS-Szene* beteiligt. Dies führte letztlich zur Gründung einer Ortsgruppe der *Nationalen Aktivisten* in Frankfurt am Main unter der Führung des ehemaligen Mitglieds der verbotenen *WSG-Hoffmann*, Arndt Heinz Marx. Er war nach dem Verbot der *WSG-Hoffmann* mit Hoffmann in den Libanon gegangen und dort in einem Palästinenserlager militärisch ausgebildet worden. Der Ortsgruppe gehören meist Personen an, die in den Jahren zuvor als Angehörige der verbotenen Vereinigungen *WSG-Hoffmann* und *VSBd/PdA* aufgefallen waren.

Neonazis aus Fulda und Frankfurt am Main verteilten auch gemeinsam im Rhein-Main-Gebiet neonazistisches Propagandamaterial. Zu einigen dieser Aktionen wurden Vertreter von Presse und Fernsehen eingeladen. Marx äußerte sich bei einer Fernsehsendung besonders aggressiv und hielt Hetztiraden gegen Ausländer.

Am 16. Oktober, dem Jahrestag der «in Nürnberg ermordeten Reichsregierung», kamen etwa 35 uniformähnlich gekleidete

Personen in Frankfurt am Main zusammen, um am Kriegerdenkmal auf dem Römerberg einen Kranz niederzulegen und an der Katharinenkirche Flugblätter zu verteilen. Das sofortige Einschreiten der Polizei verhinderte die geplanten Aktionen.

Die *Nationalen Aktivisten* der Ortsgruppen Fulda und Frankfurt am Main unterhalten besonders enge Kontakte zur *NS-Gruppe Müller* in Mainz und zur *HNG* des Henry Beier.

Am 15. Januar 1983 kam es in Frankfurt am Main zum Zusammenschluß der *Nationalen Aktivisten* mit der *Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS)* des ehemaligen Bundeswehrlieutenants Michael Kühnen. Die neue Organisation (*ANS/NA*) unter der Führung Kühnens, der erst Ende des Jahres 1982 nach Verbüßung einer vierjährigen Freiheitsstrafe aus der Haft entlassen worden war, will die *nationalsozialrevolutionären* Kräfte zusammenfassen. Sie hat in Hessen rund 30 Mitglieder.

Verwendung von NS-Symbolen

Motorrad-Rockergruppen, die mit *NS*-Emblemen auf ihrer Kleidung Aufsehen erregten, können nicht ohne weiteres dem neonazistischen Lager zugerechnet werden. Trotz der Verwendung von *NS*-Kennzeichen und Symbolen fehlt es ihnen in der Regel an klaren Vorstellungen über deren Bedeutung. Häufig ist die Benutzung der Zeichen lediglich von provokativem Verhalten bestimmt.

In Hessen erregten Anhänger des Motorradclubs *Stander Greif*, dessen Emblem dem Wappen der früheren 9. SS-Panzerdivision «Hohenstaufen» nachgebildet ist, durch zahlreiche Schlägereien öffentliches Aufsehen. Demgegenüber wurde bereits 1981 bekannt, daß der *Motorradclub National* Verbindungen zur *NPD* hatte. Mitglieder des Clubs waren bei einigen Veranstaltungen der *NPD* als Ordner eingesetzt.

Auslandsbeziehungen deutscher Rechtsextremisten

Wie in den vergangenen Jahren waren die deutschen Rechtsextremisten, insbesondere die Neonazis, daran interessiert, die bisher hergestellten Verbindungen zu ausländischen Gesinnungsfreunden nicht abreißen zu lassen und neue Kontakte herzustellen. Dabei verfolgten sie auch das Ziel, Waffen zu beschaffen. Deutsche Neonazis, die mit Haftbefehl gesucht wurden, beispielsweise Thies Christophersen und Ekkehard Weil, fanden bei ausländischen Freunden Unterschlupf.

Die 1981 durch eine bundesweite Durchsuchungsaktion empfindlich gestörte Einschleusung neonazistischer Propagandamaterials aus den USA und Kanada kam nur zögernd wieder in Gang. Jedoch wird in den Schriften zunehmend zur Gewaltanwendung gegen politische Gegner aufgefordert. Das gilt insbesondere für den von dem Amerikaner Gary Rex Lauck vertriebenen *NS-Kampfruf*.

Neonazistische Ausschreitungen

1982 wurden 152 (1981: 215) Schmier- und Störaktionen sowie Drohungen mit neonazistischem und antisemitischem Hintergrund in Hessen erfaßt. Schwerpunkte waren Frankfurt am Main (49), Wiesbaden (17) und Darmstadt (13).

Ziel der Drohungen waren Wirtschaftsunternehmen, Rundfunkanstalten und Personen des öffentlichen Lebens sowie jüdische Mitbürger, aber auch Angehörige der US-Streitkräfte und Ausländer, insbesondere Türken.

Gängige Parolen, mit Hakenkreuz und SS-Runen versehen, waren u. a. «Deutschland den Deutschen», «Juden (oder Türken) raus» und «Ich will Gas».

Im August richtete eine den Sicherheitsbehörden bis dahin nicht bekannte *Nationalsozialistische Deutsche Befreiungsfront*

(*NSDBF*) Drohbriefe an Wirtschaftsunternehmen, Presseorgane, Personen des öffentlichen Lebens und öffentliche Institutionen, in denen Maßnahmen gegen Juden und Ausländer gefordert wurden. Bei Nichtbefolgen der Anweisungen wurden den Unternehmen Sabotageakte, den Einzelpersonen persönliche Racheakte bis hin zur Liquidierung angedroht.

In zwei Drohschreiben vom 5. und 11. August gegen den Kindergarten in Hattersheim wurde gefordert «Ausländerkinder raus oder der Laden fliegt in die Luft». Dem hessischen Ministerpräsidenten wurde in einem Schreiben vom 26. Oktober angekündigt, daß «ein heißer Winter bevorstehe», die Bomben für «Saujuden und Ausländer» lägen schon bereit.

Das Mitglied des *Europäischen Parlaments*, Heidemarie Wieczorek-Zeul, wurde am 29. Oktober von einer Initiative «Gas für Türken» aufgefordert, keine weiteren Zeitungsartikel zugunsten türkischer Gastarbeiter zu publizieren.

Zielpunkte von Zerstörungen und antisemitischen Schmieraktionen waren jüdische Friedhöfe und Kultstätten. Unter anderem wurden am 18. November auf dem jüdischen Friedhof in Dieburg 30 Grabsteine von unbekanntem Tätern beschädigt.

Dem zahlenmäßigen Rückgang der Schmier- und Störaktionen steht die steigende Bereitschaft zur Gewalt gegenüber. So zerstachen am 3. Dezember in Biebesheim (Kreis Groß-Gerau) zwei rechtsextrem eingestellte Jugendliche die Reifen von sieben Fahrzeugen mit US-Kennzeichen.

Am 14. und 15. Dezember ereigneten sich drei Sprengstoffanschläge auf Privat-Pkw's von US-Angehörigen. Zwei US-Soldaten erlitten schwere Verletzungen. Der Tat dringend verdächtig ist die im Februar 1983 festgenommene Terrorgruppe um Hepp/Kexel (vgl. auch *VSD/PdA*).

In der Nacht zum 3. August schoß der 1979 und 1980 wiederholt vorbestrafte Neonazi Stefan Wagner aus Rodgau vom

Balkon seiner Wohnung aus auf Passanten. Anschließend bedrohte er mit seiner Waffe Mitbewohner des Hauses und beging nach Eintreffen der Polizei Selbstmord. In seiner Wohnung konnte die Polizei weitere Waffen sicherstellen. Wagner gehörte 1979 der verbotenen *Wehrsportgruppe Hoffmann* an.

Strafurteile gegen Rechtsextremisten

1982 wurde eine Reihe hessischer Rechtsextremisten verurteilt.

So erhielten im Februar der 21jährige ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende der inzwischen verbotenen *VSD/PdA* Walther Kexel und ein ehemaliges *VSD*-Mitglied je ein Jahr Jugendstrafe mit Bewährung wegen Volksverhetzung, gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung und Uniformtragens. Beide Angeklagte hatten nach der Beisetzung des Neonazis Frank Schubert im Januar 1981 in der Frankfurter U-Bahn einen Mann, der ihnen als Mitglied der *Bürgerinitiative gegen den Bornheimer Nazibuchladen* bekannt war, brutal niedergeschlagen. Anschließend pöbelten sie zwei afrikanische Studenten an und beleidigten sie. Im gleichen Verfahren wurden fünf weitere ehemalige *VSD*-Mitglieder wegen Uniformtragens zu Geldstrafen bzw. Arbeitsauflagen verurteilt.

Weiter wurden im Februar vier als Neonazis bekannte Männer zu Freiheits- bzw. Jugendstrafen zwischen drei Jahren und neun Monaten wegen Volksverhetzung, Sprengstoffanschlägen sowie Verbreitens von *NS*-Kennzeichen und *NS*-Propagandamitteln verurteilt. Sie hatten im Februar 1981 mit selbstgebastelten Bomben Anschläge auf Kraftfahrzeuge türkischer Gastarbeiter verübt und in der Zeit von Juni 1980 bis März 1981 zahlreiche *NS*-Schmieraktionen in Kassel durchgeführt.

Im August wurde die Revision des seit Jahren durch rechtsextreme Aktivitäten bekannten 66jährigen Erwin Schönborn

verworfen. Das Amtsgericht hatte ihn zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten wegen Verwendens von Kennzeichen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation verurteilt. Zur Zeit verbüßt Schönborn eine Restfreiheitsstrafe aus dem Urteil des Landgerichts Frankfurt am Main wegen Volksverhetzung und übler Nachrede.

Im Oktober wurde ein neonazistischer Aktivist und Mitbegründer der ehemaligen *SA-Ortskampfgruppe Frankfurt am Main* wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Jugendstrafe von neun Monaten verurteilt. Er hatte ohne Grund eine ausländische Mitbürgerin, die ihr Kind vom Kindergarten abholte, auf der Straße niedergeschlagen und ihr angedroht, sie umzubringen.

Beurteilung

Der Rechtsextremismus einschließlich des neonazistischen Terrorismus stellte auch 1982 keine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar. Rechtsextreme Programme und Parolen werden nach wie vor von der breiten Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. Die sich verschärfende wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik brachte den rechtsextremen Organisationen ebenso wenig Zulauf wie ihre ausländerfeindliche Propaganda. Die wachsende Bereitschaft neonazistischer Täter, Gewalt anzuwenden, und ihr aggressives Vorgehen gegen Ausländer sind jedoch eine Bedrohung der inneren Sicherheit.

Durch die Festnahme von fünf Rechtsterroristen ist den Sicherheitsbehörden ein beachtlicher Erfolg bei der Bekämpfung des Rechtsterrorismus gelungen. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß weitere Personen, die den Behörden bisher nicht oder nicht im neonazistischen Bereich bekannt geworden sind, in den Bereich der zu terroristischen Gewaltaktionen bereiten Neonazis abgleiten. Daher muß auch in Zukunft mit weiteren Gewalttaten gerechnet werden.

Linksextreme Bestrebungen

Allgemeine Entwicklungstendenzen

Die *Deutsche Kommunistische Partei (DKP)* blieb mit ihren Nebenorganisationen *Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)*, *Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)* und *Junge Pioniere (JP)* weiterhin die bedeutendste linksextreme Gruppierung. Sie wird von den kommunistischen «Bruderparteien» des Ostblocks politisch unterstützt, von der *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)* angeleitet und zum Teil finanziert.

Die *DKP* entwickelte 1982 zunehmende Aggressivität und bekannte sich offener als bisher zu ihren verfassungsfeindlichen Zielen. Ihre Hauptaufgabe sah sie darin, das weitere Anwachsen der *Friedensbewegung* unter der Leitidee des *Krefelder Appells* zu fördern.

Den Kampf gegen die Startbahn West des Rhein-Main-Flughafens bezeichnete die *DKP* unter dem Vorwand angeblicher militärischer Hintergründe des Startbahnbaues weiterhin als Teil ihrer Friedenskampagne.

Im Vergleich zu den Landtagswahlen 1978 verlor die *DKP* bei den Landtagswahlen am 26. September fast 2 000 Stimmen.

Bei den Organisationen der *dogmatischen Neuen Linken (K-Gruppen)* setzten sich 1982 die Mitgliederverluste, die finanziellen Schwierigkeiten und die Abnutzungs- und Veränderungsprozesse fort. Sie führten dazu, daß sich erstmals seit 1974 keine dieser Gruppen an den hessischen Landtagswahlen beteiligte. Die früher von ihnen ausgehende Militanz dürfte sich endgültig auf den Bereich der *undogmatischen Neuen Linken* verlagert haben. Lediglich der *Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands (KABD)*, der sich 1982 in *Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)* umbenannte, blieb von den Zerfallerscheinungen verschont.

Der schwer überschaubare Bereich der *undogmatischen Neuen Linken – Alt-Spontis, militante autonome Gruppierungen, Anarchisten* und eine breite *Protestbewegung* meist junger Menschen, die der Glaubwürdigkeit politischer Repräsentanten mit Mißtrauen gegenüberstehen und nicht immer politisch extreme Ziele verfolgen – war weiterhin von unterschiedlichen Auffassungen über Inhalte, Ziele und Formen des Kampfes gegen die gültigen Gesellschaftsformen geprägt.

Die Zahl der Terrorakte linksextremer Gruppen, wie Brand- und Sprengstoffanschläge, hat sich bundesweit von 129 im Jahre 1981 auf 184 erhöht. Mit 32% der Anschläge war Hessen räumlicher Schwerpunkt. Hauptziele waren militärische Einrichtungen, insbesondere der US-Armee.

Die *Rote Armee Fraktion (RAF)*, die noch im vergangenen Jahr schwere Anschläge auf das Hauptquartier der *US-Air-Force Europe (USAFE)* in Ramstein und den Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Heidelberg verübt hatte, unternahm keine spektakulären Aktionen. Die Festnahme von drei der führenden Mitglieder und die Sicherstellung großer Mengen von Hilfsmitteln hat sowohl die personelle als auch die materielle Basis erheblich geschwächt. Noch befinden sich aber 15–20 Mitglieder der *RAF* im Untergrund, die in der Lage sind, schwere Terroranschläge auszuführen.

Im Bereich des *RAF-Umfeldes* war Hessen ebenfalls einer der geographischen Schwerpunkte. Die Propagandaaktionen fanden nur geringe Resonanz.

Das *Unterstützerfeld* diente erneut als Rekrutierungsbasis der *Illegalen*. Darüber hinaus verübten die *Unterstützergruppen* auch einige Anschläge.

Den *Revolutionären Zellen (RZ)* waren im vergangenen Jahr erhebliche Straftaten anzulasten. Sie führten zahlreiche Brand- und Sprengstoffanschläge aus, die hauptsächlich gegen den Bau der Startbahn West des Flughafens Frankfurt am Main gerichtet waren.

Orthodoxer Kommunismus

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die 1968 gegründete *DKP* steht in der Kontinuität der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen *KPD*. Sie vertritt nach ihrem Selbstverständnis den an der Sowjetunion orientierten «realen Sozialismus». Die Zahl der Mitglieder ging trotz einer sehr intensiv geführten Werbekampagne leicht zurück. Sie dürfte bei knapp 40 000 liegen, obwohl die *DKP* behauptet, sie habe fast 50 000 Mitglieder. Im Rahmen des vom 6. *Parteitag* im Mai 1981 beschlossenen Wettbewerbs zur Stärkung der *DKP* seien 5 000 neue Mitglieder eingetreten. Erster Vorsitzender ist Herbert Mies.

Die Auflage der als Zentralorgan erscheinenden Tageszeitung *Unsere Zeit (UZ)* ist gegenüber dem Vorjahr von 30 000 auf 25 000, die der Wochenendausgabe von 60 000 auf etwa 50 000 Exemplare zurückgegangen. Der Parteivorstand gibt weiterhin die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift *praxis-Erfahrungen aus dem Leben und der Arbeit der Partei* heraus sowie in unregelmäßigen Abständen die *DKP-Landrevue*, einen *DKP-Pressedienst* und einen *Infodienst – Informationsdienst für DKP-Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen*. Als inoffizielles theoretisches Organ dient die Zweimonatsschrift *Marxistische Blätter*.

Der Bezirksorganisation Hessen gehören unverändert etwa 5 000 Mitglieder an. Sie sind in 20 Kreisorganisationen, 147 Orts- bzw. Stadtteilgruppen, 29 Betriebsgruppen und sechs Hochschulgruppen mit etwa 20 Grundorganisationen zusammengefaßt. Orts- und Stadtteilgruppen der *DKP* gaben 75 Zeitungen heraus. Außerdem erschienen 38 Betriebszeitungen und fünf Hochschulzeitungen in meist unregelmäßiger Folge.

Die *DKP* bekennt sich unverändert zum Marxismus-Leninismus, zum proletarischen Internationalismus und zu den Organisationsprinzipien kommunisti-

scher Parteien. Als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse erstrebt sie die «grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse» in der Bundesrepublik Deutschland. Wesentlicher Bestandteil der Strategie und Taktik ist die auf den Lehren von Marx und Lenin basierende Theorie, daß das sozialistische Ziel nicht in einem einzigen revolutionären Akt, sondern nur durch einen längeren Kampf über mehrere Etappen erreicht werden könne. So betonte das Präsidium der *DKP*-Parteivorstandes in einer Erklärung zum Karl-Marx-Jahr 1983, schon Marx und Engels hätten sich schonungslos gegen «abenteuerliche Taktiken und pseudorevolutionäre Phrasendrescherei solcher Leute» gewandt, die «ohne Berücksichtigung der realen Situation die Revolution machen wollen, ohne die Massen für den Sozialismus zu gewinnen». Die *DKP* habe sich deshalb in ihren programmatischen Dokumenten und den Aussagen ihrer Parteitage für die strategische Orientierung auf eine «Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt und auf die Erämpfung einer antimonopolistischen Demokratie» entschieden. Die Herbeiführung dieser Wende schaffe bereits «reale Voraussetzungen dafür, daß das arbeitende Volk die Kraft und die Entschlossenheit findet, tiefgreifende antimonopolistische Umgestaltungen zu erkämpfen und sich im Klassenkampf schließlich den Weg zum Sozialismus zu öffnen». In den sozialistischen Ländern seien die gesellschaftlichen Verhältnisse bereits entsprechend den Zielvorstellungen von Karl Marx umgewälzt worden. In den kapitalistischen Ländern werde angesichts der verstärkten krisenhaften Erscheinungen die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus immer dringender. Die Oktoberrevolution in Rußland habe unter der Losung des Friedens gesiegt. Heute sei die *DKP* als fester Teil der *Friedensbewegung* in der Bundesrepublik Deutschland darum bemüht, «breite Bündnisse aller Friedenskräfte – unab-

hängig von den politischen und weltanschaulichen Motiven ihres Friedenswirkens – zu fördern». Mit der DDR und der Sowjetunion verbinde die *DKP* ein enges klassenmäßiges Verhältnis. Die Macht und die internationalistische Politik der Sowjetunion seien heute mehr denn je der «Hauptfaktor für die Festigung des Friedens, das Vorankommen des gesellschaftlichen Fortschritts, der Entfaltung des revolutionären Weltprozesses» (*UZ* vom 12. Januar 1982).

Durch zahlreiche Begegnungen zwischen Funktionären der *DKP* und der *KPdsU* wurden die «brüderlichen Beziehungen» zwischen beiden Parteien unterstrichen. Die Anleitung und Unterstützung der *DKP* durch die *SED* erfolgte überwiegend konspirativ. Spitzenfunktionäre der *DKP* und *SED* trafen sich vom 23. bis 26. April in der DDR unter Leitung ihrer Parteivorsitzenden Herbert Mies und Erich Honecker zu einem Meinungsaustausch über «Arbeits- und Kampferfahrungen» beider Parteien.

Im Mittelpunkt der Agitation und Bündnispolitik der *DKP* stand die Kampagne gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO. Weitere Schwerpunkte der Agitation bildeten die Kampagnen gegen Arbeitslosigkeit und «Rotstiftpolitik», gegen «Imperialismus und Neokolonialismus» gegen «Berufsverbote» und gegen «Faschismus».

Der Parteivorstand verabschiedete Anfang Februar «Vorschläge der *DKP* für eine alternative Sicherheitspolitik». Sie enthielten die Programmatik der *DKP* zur Friedenspolitik und dienten als Grundlage für den Dialog mit anderen Kräften der *Friedensbewegung*. Herbert Mies erklärte dazu, die Hauptaufgabe der *DKP* bestehe darin, die für 1983 geplante Stationierung neuer US-Raketen in der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern. Der Anteil der Kommunisten an der Entwicklung der *Friedensbewegung* sei «beachtlich» und «unübersehbar». Die *DKP* werde alle Kraft für die Entwicklung, Festigung und Verbreitung von örtlichen und regionalen

Friedensinitiativen einsetzen, an den Aktivitäten des *Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)* sowie an den Vorbereitungen der Ostermärsche teilnehmen und die Unterschriftensammlungen unter den *Krefelder Appell* fortführen (*UZ*-Beilage vom 11. und 17. Februar 1982).

Vom 9. bis 12. April demonstrierten im gesamten Bundesgebiet etwa 160 000 Personen mit Friedensmärschen, Fahrradstafetten und symbolischen Blockaden gegen die NATO-Nachrüstung und für ein atomwaffenfreies Europa. Nach Angaben der Veranstalter nahmen rund 60 000 Personen am zentralen hessischen *Ostermarsch '82* teil, darunter Abordnungen der *DKP* und ihrer Nebenorganisationen.

Anläßlich des Besuches von Präsident Reagan kamen etwa 300 000 Teilnehmer zu einer internationalen Friedensdemonstration am 10. Juni 1982 in Bonn zusammen. Neben anderen Gruppierungen hatten auch die *DKP* und ihre Nebenorganisationen in einer aufwendigen Werbekampagne bundesweit für die Teilnahme an der Demonstration geworben.

Der *DKP*-Parteivorstand appellierte auf seiner Tagung am 2. Oktober noch einmal an alle «Mitglieder, Freunde und Sympathisanten» der *DKP*, mit «verstärkter Kraft der *Friedensbewegung* zum entscheidenden Erfolg zu verhelfen: Der NATO-Raketenbeschluß muß fallen!» (*UZ*-Beilage vom 7. 10. 1982).

In einer Stellungnahme zum Regierungswechsel in Bonn erklärte die *DKP*, die «grundlegende programmatische Orientierung der *DKP* für die nächste Periode, der Kampf um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt», habe durch die «Rechtskoalition in Bonn» einen noch größeren Stellenwert erhalten. Nach dem Regierungswechsel würden sich neue Möglichkeiten ergeben, größere Teile der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in die *Friedensbewegung* und die sozialen Bewegungen einzubeziehen. Es gelte zwar, «fortschritt-

liche Positionen in den Parlamenten durch Formierung breiter Bündnisse» zu erringen, Vorrang habe jedoch der außerparlamentarische Kampf (UZ vom 27. Oktober 1982).

Die Arbeit der *DKP*-Bezirksorganisation Hessen war Anfang des Jahres völlig auf den Kampf gegen den Bau der Startbahn West des Rhein-Main-Flughafens ausgerichtet. Nachdem der Hessische Staatsgerichtshof am 20. Januar die Nichtzulassung des Volksbegehrens durch die Landesregierung bestätigt hatte, rief der *DKP*-Bezirksvorstand zur Bauplatzbesetzung am 30. Januar auf. Er verlegte die bereits für diesen Tag anberaumte Landesmitgliederversammlung, um allen Mitgliedern die Teilnahme an den Protestaktionen auf dem Baugelände zu ermöglichen. In einem Gespräch mit dem Organ des *MSB Spartakus «rote blätter»* begründete der Pressesprecher und Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit des *DKP*-Bezirksvorstandes Rudi Hechler die Forderung seiner Partei nach «gewaltfreiem, aber aktivem Widerstand» gegen den Startbahnbau. Er erklärte darin «ich bin Kommunist, ich bin kein Pazifist. Wenn die Bolschewiki Gewaltfreiheit auf ihre Fahnen geschrieben hätten, dann hätte die Oktoberrevolution nicht gesiegt.» Das Entscheidende bei der Wahl der Kampfformen müsse die Frage sein, ob es der Bewegung weiterhelfe oder schade (*rote blätter* Nr. 1/82).

In ihrer Agitationsschrift *blickpunkt-Extra* Nr. 23 berichtete die *DKP* über die Bauplatzbesetzung mit ihren gewaltsamen Ausschreitungen unter der Überschrift: «Das war unser Tag!»

Die *DKP*-Bezirksvorsitzende, Ellen Weber, erklärte zu den Ereignissen:

«Der gewaltige, aber gewaltfreie Widerstand provozierte die Regierungsvertreter, alle Gewaltmittel einzusetzen. Ihr wichtigstes Mittel war dabei der Polizeiapparat selbst . . . Natürlich ist die Auseinandersetzung um die Startbahn West nicht mit einer revolutionären Umwälzung gleichzusetzen und übertriebene Paralle-

len sind nicht erlaubt. Fest steht aber, daß in der Startbahnauseinandersetzung in einer Keimform interessante Erscheinungen sichtbar wurden, die auf Dauer nützlich sind . . . Was im Mönchbruchwald vor Ort und in der Region erfahren und erstritten wurde, darf nicht verloren gehen. Es muß der gesamten außerparlamentarischen Bewegung vermittelt und von dieser weiterentwickelt werden» (*Marxistische Blätter* Nr. 1/82).

Die vom 23. bis 31. Januar veranstaltete traditionelle *Woche der DKP* stand in Hessen völlig im Zeichen des Kampfes gegen den Bau der Startbahn West. Die Redaktion der *DKP*-Stadtzeitung für Mörfelden-Walldorf gab eine 225-seitige illustrierte «Dokumentation» über die Aktionen gegen den Startbahnbau heraus unter dem Titel «. . . und nichts wird vergessen!».

Nachdem der Hessische Minister des Innern Anfang Februar auf einer Pressekonferenz die Rolle der *DKP* bei den Aktionen gegen den Startbahnbau dargestellt hatte, zog sich die *DKP* zurück, und der organisierte Massenwiderstand brach zusammen. Die *DKP* bezeichnete die Erklärung des Innenministers als Verleumdung und behauptete, nach der «brutalen Gewaltorgie» der Polizei am 30. Januar solle nun die Bewegung gespalten und auseinanderdividiert werden. Der außerparlamentarische Kampf müsse fortgesetzt und das Anliegen der Anti-startbahnbewegung mit anderen Aktionen zur Rettung des Friedens und zur Abwehr der NATO-Pläne verbunden werden. Mitglieder der *DKP* verbreiteten eine in hoher Auflage vom *DKP*-Bezirksvorstand herausgegebene Flugschrift *Keine Startbahn für Profit und Krieg! Rettet den Frieden!* Darin wurde erneut behauptet, die Startbahn West werde für die «strategische Lufttransportflotte» der USA benötigt und «ohne die US-Air-Base würde der Wald noch stehen».

Anläßlich des *Internationalen Frauentages* am 8. März organisierte die *DKP* in 18 hessischen Städten öffentliche Veran-

staltungen, bei denen zum Teil Funktionäre aus der DDR als Redner auftraten. Weitere Veranstaltungsreihen mit Referenten aus der DDR fanden von März bis Mai zum Themenbereich «*Friedensbewegung* und Friedenserziehung in der DDR» statt. Vom 19. bis 23. Mai errichtete die *DKP* auf den Lahnwiesen in Marburg ein Großzelt, in dem zahlreiche politische und kulturelle Veranstaltungen mit insgesamt 15 000 Besuchern durchgeführt wurden. Im Rahmen einer Aktion «Arbeitsplätze statt Raketen» sammelte die *DKP*-Bezirksorganisation Hessen 23 000 Unterschriften für einen «offenen Brief» an die hessische Landesregierung.

Zu den hessischen Landtagswahlen am 26. September kandidierte die *DKP* in allen 55 Wahlkreisen sowie mit einer 60 Bewerber zählenden Landesliste. Ihre vorangegangenen Bemühungen um Schaffung eines «Wahlbündnisses aller linken und demokratischen Kräfte» scheiterten. Den Wahlkampf führte die *DKP* unter der Losung «Gegen Rötstift, Startbahn und Raketen! Für Frieden, Arbeitsplätze und demokratische Mitentscheidung!» Das Wahlergebnis war für die *DKP* enttäuschend. Sie erhielt 12 625 = 0,4% Stimmen (Landtagswahl 1978: 14 531 = 0,4%; 1974: 28 699 = 0,9%; 1970: 36 712 = 1,2%). Nur gegenüber ihrem bisher niedrigsten Stimmenanteil bei der Bundestagswahl 1980 (8 817 = 0,2% Zweitstimmen) konnte sie rund 4 000 Stimmen hinzugewinnen. Der *DKP*-Bezirksvorstand kündigte als Konsequenz des Wahlergebnisses an, die Partei werde jetzt alle Anstrengungen darauf richten, durch die Entfaltung des außerparlamentarischen Kampfes in zunehmendem Maße Einfluß auf das politische Geschehen zu nehmen.

Einen besonderen Schwerpunkt bildeten die Anstrengungen der *DKP*, Einfluß in den Gewerkschaften und auf die Arbeitnehmer der Großbetriebe zu gewinnen. Trotz intensiver Bemühungen stagnierte jedoch die Mitgliederwerbung der Betriebsgruppen, und die Resonanz ihrer

politischen Arbeit blieb gering. Mitte November befaßte sich deshalb der *DKP*-Parteivorstand mit der Betriebsarbeit. Herbert Mies erklärte, die Partei müsse ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse erweitern. Kernstück dieser Kampfaufgabe sei die Stärkung der *DKP*-Betriebsgruppen in den Konzernbetrieben. In den Großbetrieben entscheide es sich, ob die Idee der Sozialpartnerschaft auch in Zukunft die Widersprüche des Kapitalismus verschleiern könne oder ob die Arbeitnehmerschaft ihre Klassenlage erkenne und den Kampf für ihre Interessen aufnehme. Die Parteiorganisationen der *DKP* wurden angewiesen, die Betriebsgruppen nachhaltig zu unterstützen und planmäßig neue zu gründen.

Mit einem umfangreichen Schulungsprogramm setzte die *DKP* ihre Bemühungen fort, Mitglieder und Funktionäre ideologisch zu festigen und für eine wirksame politische Arbeit zu qualifizieren. Eine verstärkte Schulung forderte die *DKP*-Führung insbesondere für die in «demokratischen Bewegungen» eingesetzten Parteikader, qualifizierte Nachwuchskräfte der Partei sowie Mitglieder und Funktionäre von Betriebsgruppen.

Neben regelmäßigen Bildungsabenden in den Parteigruppen und Kurzlehrgängen an der parteieigenen *Karl-Liebknecht-Schule* in Leverkusen fanden weiterhin Lehrgänge zur Ausbildung von Funktionären der *DKP* an Parteischulen der *SED* und der *KPdSU* in Berlin (Ost) und Moskau statt. An den *Betriebsarbeiterschulen* der *DKP*-Bezirksorganisation Hessen in Kassel und Frankfurt am Main wurden erneut hessische *DKP*-Mitglieder in einjährigen Lehrgängen für ihren Einsatz in Betrieben und Gewerkschaften ausgebildet.

Die *DKP*, die bereits in den Vorjahren die Aufwendungen für ihren kostspieligen Parteiapparat nicht aus eigenen Mitteln decken konnte, hat auch 1982 hohe Zuschüsse aus der DDR erhalten.

Nebenorganisationen der DKP

Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)

Der 1971 in Bonn gegründete *MSB Spartakus* blieb mit etwa 6 000 Mitgliedern der größte und einflussreichste linksextreme Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland. Bundesvorsitzender ist Uwe Knickrehm, Bonn, Mitglied des *DKP*-Partei Vorstandes. Der Bundesvorstand gibt monatlich das Organ *rote Blätter* heraus. Die Auflage ging von knapp 30 000 im Jahre 1981 auf etwa 18 000 Exemplare zurück. In Hessen bestehen Gruppen des *MSB* an zehn Hoch- und Fachhochschulen mit unverändert rund 1 300 Mitgliedern.

Der *MSB* stellte 1982 erneut seine enge Verbundenheit mit der *DKP* heraus. Er bekannte sich zum antimilitaristischen Kampf als wesentlichem Bestandteil des Kampfes für die revolutionäre Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft. Der *MSB* habe die Aufgabe, an den Hochschulen für eine Zusammenarbeit aller Kriegsgegner einzutreten und über die gesellschaftlichen Ursachen der wachsenden Kriegsgefahr aufzuklären (*MSB-Arbeitsheft «sinnvoll leben, studieren und kämpfen! Einführung in die Politik des MSB Spartakus»*, 3. Auflage, 1982).

Seit 1. April führt der *MSB* einen Wettbewerb zur Gewinnung neuer Mitglieder durch, der bis zum Herbst 1983 dauern soll. Nach einer vom *MSB* veröffentlichten Zwischenbilanz wurden bis Oktober 1982 bereits 651 neue Mitglieder geworben. Hierdurch konnte die Zahl der nach Beendigung des Studiums ausgeschiedenen Mitglieder ausgeglichen werden.

An den Hochschulen agitierte der *MSB* gegen den Abbau von Sozialleistungen sowie gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen und strebte ein breites Bündnis studentischer Organisationen gegen die Bildungspolitik der Bundesregierung an. Er beteiligte sich maßgeblich an der Organisation der von den

Vereinigten Deutschen Studentenschaften und der Konferenz der Landesschülervertretungen veranstalteten *BAFöG-Demonstration* am 4. Dezember in Bonn.

In Hessen besuchten etwa 800 Personen das *rote blätter*-Pressefest des *MSB Darmstadt* am 23. April. In Marburg organisierte der *MSB* vom 3. bis 7. Mai eine Veranstaltungsreihe unter der Bezeichnung «Marxistische Woche», bei der die Themen Wirtschaftskrise, Planwirtschaft und Jugendproteste behandelt wurden. Ende September führte der *MSB* in mehreren hessischen Universitätsstädten unter dem Thema «Gegen die Rechtskoalition in Bonn» Protestveranstaltungen und Demonstrationen durch.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Die *SDAJ*, 1968 in Essen gegründet, hat in rund 850 Gruppen etwa 15 000 aktive Mitglieder. Ihr Bundesvorsitzender ist das *DKP*-Präsidiumsmitglied Werner Stürmann. Als Publikation der *SDAJ* erscheint monatlich das Jugendmagazin *elan* in einer Auflage von etwa 30 000 Exemplaren. Die drei Herausgeber und der Chefredakteur des Magazins sind führende Funktionäre der *DKP* und *SDAJ*.

Der *SDAJ*-Landesverband Hessen besteht aus rund 1 500 Mitgliedern in Kreisverbänden, Orts- bzw. Stadtteil-, Betriebs-, Schüler- und Frauengruppen. Die Gruppen gaben 40 Zeitungen in meist unregelmäßiger Folge heraus. Landesvorsitzender ist Willi Herrmann, Frankfurt am Main.

Auf dem *VII. Bundeskongreß der SDAJ* am 6. und 7. März in Düsseldorf beteuerte Werner Stürmann erneut das Bekenntnis der *SDAJ* zu den Ideen von Marx, Engels und Lenin und ihre enge Verbundenheit mit der *DKP* und den sozialistischen Ländern. Die *SDAJ* werde bei gemeinsamen Aktionen mit anderen Organisationen stets als «revolutionärer Arbeiterjugendverband» erkennbar sein.

Mit dem sowjetischen Jugendverband *Komsomol* vereinbarte die *SDAJ* im Februar bei einem Treffen in Moskau enge Zusammenarbeit und verstärkte Anstrengungen im Kampf gegen die Stationierung neuer US-Raketen. Besonders intensiv waren die Kontakte der *SDAJ* zur *Freien Deutschen Jugend (FDJ)* der DDR.

Seit September veranstaltet die *SDAJ* unter der Bezeichnung «Festivalstafette» einen Wettbewerb, der insbesondere der Mitgliederwerbung dient.

Schwerpunkte der politischen Arbeit der *SDAJ* waren die Kampagnen gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen sowie gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel. Im August agitierte die *SDAJ* in mehr als 50 Städten des Bundesgebietes unter dem Motto «Arbeit statt Raketen! Wehrt Euch gegen Arbeitslosigkeit!» vor Betrieben und Behörden mit Flugblattverteilungen, Diskussionen und Unterschriftensammlungen. Bei einem «Opel-Tribunal» der *SDAJ* am 27. Februar in Rüsselsheim forderten die 300 Teilnehmer das Unternehmen auf, 500 Lehrstellen pro Jahr bereitzustellen und alle Auszubildenden in ihrem erlernten Beruf zu übernehmen.

Im Rahmen der *SDAJ*-Kampagne für Recht auf Arbeit fanden im August und September in mehreren hessischen Städten nächtliche Aktionen vor Industrie- und Handelskammern und Arbeitsämtern statt. Die Täter versperrten die Eingänge mit Stacheldraht, Steinen und Brettern, stellten Plakate auf und besprühten die Hauswände mit Parolen.

Die *SDAJ* in Hessen beteiligte sich ferner an den Aktionen gegen den Bau der Startbahn West und am *Ostermarsch '82*, hielt in Dieburg ein Pfingstzeltlager mit 1 200 Teilnehmern ab, sammelte Geldspenden für den *Freiheitssender Radio Venceremos* in El Salvador, warb durch Unterschriftensammlungen für die Errichtung «atomwaffenfreier Zonen» und unterstützte den Landtagswahlkampf der *DKP* mit Wahlveranstaltungen, Diskussionsabenden und Flugblattaktionen. Etwa 20 Land-

tagskandidaten der *DKP* sind in der *SDAJ* als Funktionäre tätig.

Junge Pioniere (JP)

Die sozialistische Kinderorganisation *Junge Pioniere* wurde 1974 in Bottrop gegründet. Sie hat etwa 3 500 Mitglieder, die in 12 Landesverbänden organisiert sind. Bundesvorsitzender ist Achim Krooss, Dortmund, Mitglied der *DKP* und des geschäftsführenden Bundesvorstandes der *SDAJ*.

Die Bundesleitung gibt monatlich die zentrale Kinderzeitung *Willibald* heraus. Der 1976 gegründete *JP*-Landesverband Hessen umfaßt 39 aktive Gruppen mit rund 350 Mitgliedern. Neuer Vorsitzender des Landesverbandes ist seit Oktober Jürgen Lechner-Befard, Wiesbaden.

Auf der 4. *Bundeskonferenz der Jungen Pioniere* am 4./5. Dezember in Dortmund lobte Achim Krooss die enge Zusammenarbeit der *Jungen Pioniere* mit der *DKP* und *SDAJ* im Kampf für die Rechte der Kinder und eine sozialistische Gesellschaftsordnung. Aufgabe der Organisation sei, Kinder zu «sozialistischem Bewußtsein» zu erziehen. Der Übertritt der *JP*-Mitglieder in die *SDAJ* müsse sichergestellt werden.

Mit Unterstützung der *DKP* und *SDAJ* organisierten die *Jungen Pioniere* Kinder- und Friedensfeste, sammelten Unterschriften für den *Krefelder Appell* und beteiligten sich an Aktionen und Demonstrationen im Rahmen der *kommunistischen Friedensarbeit*.

Vom 4. bis 20. Juli veranstalteten die *Jungen Pioniere* mit Hilfe der *DKP* ihre 9. Kinderferienfahrt in die DDR, an der etwa 400 Kinder aus Hessen teilnahmen.

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF)

Leiter des 1968 in Frankfurt am Main gegründeten *IMSF* ist Dr. Heinz Jung, Mitglied des *DKP*-Parteivorstandes. Das *IMSF* ist als gesellschafts- und sozialwis-

senschaftliches Institut der *DKP* anzusehen. Es arbeitet mit dem *Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED* und der *Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED* in Berlin (Ost), dem *Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU* in Moskau sowie mit zahlreichen weiteren Instituten ähnlicher Aufgabenstellung zusammen. Das *IMSF* gab weiterhin Publikationen zur Unterstützung der ideologischen Arbeit der *DKP* heraus. Es veröffentlichte Untersuchungen zu Themen wie «Keine Startbahn West! – Protestbewegung in einem überlasteten Ballungsraum» und «Arbeitslose – Protest und Bewegung» sowie in Zusammenarbeit mit der *Marx-Engels-Stiftung e. V.* in Wuppertal einen Sonderband zum hundertsten Todestag von Karl Marx. Ferner veranstaltete das *IMSF* in Frankfurt am Main wissenschaftliche Tagungen zu den Themen: «Einheitsgewerkschaft: Historische Quellen, Grundlagen und aktuelle Probleme» und «Die Wirtschaftspolitik des Kapitalismus in der Krise – Ein Vergleich der kapitalistischen Hauptländer» sowie eine Frauenkonferenz «Wir wollen alles! Beruf – Familie – Politik».

Marxistische Arbeiterbildung (MAB)

Die *Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus (MAB)* wurde 1969 als Dachorganisation der orthodox-kommunistisch orientierten Bildungsgemeinschaften gegründet. Bundesvorsitzender der *MAB* ist Hans Schneider, Mitglied des *DKP*-Partei Vorstandes. Die rund 70 örtlichen Bildungsgemeinschaften der *MAB* im Bundesgebiet (1981: 50 bis 60) sollen vor allem politisch Interessierte, die nicht der *DKP* angehören, mit dem «wissenschaftlichen Sozialismus» bekannt machen. Etwa 20 dieser Bildungsgemeinschaften führten als *Marxistische Abend-schule (MASCH)* mehrwöchige Schulungskurse zum Marxismus-Leninismus

durch. In Hessen warben fünf örtliche Bildungsgemeinschaften für die Teilnahme an ihren Kursen.

DKP-beeinflußte Organisationen

Die *DKP* setzte ihre Bemühungen fort, durch Bündnisse mit nichtkommunistischen Kräften zu einer Massenbasis und zu größerem politischen Einfluß zu gelangen, als es ihr nach Mitgliederzahl und Wählerpotential aus eigener Kraft möglich wäre. Entsprechend traditioneller marxistisch-leninistischer Strategie und Taktik machte sie sich Forderungen zu eigen, für die sich auch demokratische Gruppen einsetzen. Unter der Maxime kommunistischer Bündnispolitik «Gemeinsames betonen, Trennendes zurückstellen» versuchte die *DKP*, *Friedensbewegung*, *Ökologiebewegung* und «Arbeiterklasse» auf ein gemeinsames Ziel zu orientieren: Verhinderung der Realisierung des Nachrüstungsbeschlusses der NATO. Wie in der Vergangenheit wurde die *DKP* hierbei durch zahlreiche unter ihrem Einfluß stehende Organisationen unterstützt, die auch die Ausrichtung von Massenaktionen und Kampagnen übernahmen, wenn die *DKP* im Hintergrund bleiben wollte. Der Grad des *DKP*-Einflusses in diesen Organisationen ist unterschiedlich. Meistens sind nur wenige Schlüsselfunktionen mit Mitgliedern und Anhängern der *DKP* besetzt, deren Wirken im Sinne der *DKP*-Bündnispolitik von der demokratischen Mehrheit entweder nicht erkannt oder aber toleriert wird. Die wichtigsten *DKP*-beeinflußten Organisationen sind:

Deutsche Friedens-Union (DFU)

Die 1960 auf kommunistisches Betreiben in Stuttgart gegründete *DFU* spielte auch 1982 eine maßgebliche Rolle in der kommunistischen Bündnispolitik, insbeson-

dere in der *Friedensbewegung*. An der Spitze der Organisation steht ein siebenköpfiges *Direktorium*. Der Partei gehören rund 1 500 (1981: 2 000) Mitglieder an, die in zehn Landesverbänden organisiert sind. Als Sprachrohr der DFU ist die *Deutsche Volkszeitung (DVZ)* anzusehen. Der DFU-Landesverband Hessen hat unverändert etwa 200 Mitglieder. Aktivitäten und Bündnisbemühungen im Rahmen der *Friedensbewegung* gingen ausschließlich vom Landesvorstand aus.

Als zentrale Aufgabe der DFU-Politik bezeichnete Josef Weber, Direktoriumsmitglied der DFU und Mitinitiator des *Krefelder Appells*, die Verhinderung der Raketenstationierung. Die DFU konzentrierte sich 1982 auf die Verbreitung des *Krefelder Appells*. Sie übernahm zunehmend die Organisation von Unterschriftensammlungen und Unterstützungsveranstaltungen. Funktionäre der DFU kritisierten antikommunistische Tendenzen von Bündnispartnern in der *Friedensbewegung* und hoben die Rolle der Sowjetunion im Kampf um den Frieden positiv hervor.

Eine Delegation des *DFU-Direktoriums* traf sich Anfang Dezember in Berlin (Ost) mit führenden Funktionären des *Friedensrates der DDR*. Die Gesprächsteilnehmer erklärten, das Jahr 1983 müsse zu einem entscheidenden Jahr im Kampf um die Verhinderung des Brüsseler «NATO-Raketenbeschlusses» gemacht werden (*Neues Deutschland* vom 02. 12. 1982).

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)

Das KFAZ wurde 1974 unter maßgeblicher Beteiligung der *DKP* und ihrer Nebenorganisationen in Bad Godesberg gegründet. Ihm gehören nach eigenen Angaben «Hunderte von örtlichen Komitees und Initiativen» an. Das KFAZ erwies sich auch 1982 als wichtigstes Instrument zur Koordinierung der *kommunistischen Friedenskampagne*. Ihm fiel die Aufgabe zu, Vertreter demokratischer

Organisationen zur Zusammenarbeit mit Kommunisten zu gewinnen. Geleitet wird das Komitee durch die *Geschäftsführung* und das *Büro*. Im Herbst wurde das *Büro* um neun Personen erweitert. Die neu aufgenommenen Büromitglieder sollen Sozialdemokraten, Liberale, Christen und Gewerkschaften als Zielgruppen der *kommunistischen Friedensarbeit* repräsentieren. Von den nunmehr 17 Mitgliedern dieses Führungsgremiums gehören zehn persönlich oder über ihre Organisation dem sowjetisch gelenkten *Weltfriedensrat (WFR)* an. In Hessen bestehen elf regionale Komitees.

Das *Büro* des KFAZ bezeichnete auf seiner Arbeitstagung am 24. November in Köln die Verhinderung der Mittelstreckenraketenstationierung als Kernaufgabe des Jahres 1983. Es regte an, über die bereits geplanten Aktionen hinaus im Sommer 1983 «Friedenscamps» in Regionen einzurichten, in denen Militärstützpunkte liegen oder neue Raketen stationiert werden sollen. Für den Erfolg des Widerstandes werde ganz entscheidend sein, unmittelbar vor der geplanten Stationierung «international abgestimmt zu handeln». Deshalb sei der Vorschlag aus der *US-Friedensbewegung* zu begrüßen, mit Hilfe von Großdemonstrationen in den Hauptstädten möglichst vieler Länder am 22./23. Oktober 1983 (*UNO-Abrüstungswoche*) «die Raketenstationierung undurchführbar zu machen» (*UZ* vom 29. 11. 82).

Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)

Die 1947 gegründete *VVN* steht nach wie vor unter maßgeblichem kommunistischen Einfluß. 1971 fügte sie ihrem Namen den Zusatz *Bund der Antifaschisten* hinzu, um auch die jüngere Generation anzusprechen. Die *VVN-BdA* verfügt auf Bundesebene über rund 13 000 Mitglieder. Präsident der Vereinigung ist Dr. Josef C. Rossaint.

Als Sprachrohr dient ihr die Wochenzeitung *die tat*, deren Chefredakteur dem geschäftsführenden Präsidium der *VVN-BdA* angehört. Der *VVN-BdA* – Landesverband Hessen hat etwa 1 600 Mitglieder, die in 13 Kreisvereinigungen sowie in Ortsgruppen organisiert sind.

Den 35. Jahrestag ihrer Gründung beging die *VVN-BdA* am 20. März in Düsseldorf mit einer zentralen Festveranstaltung unter dem Motto «35 Jahre Kampf für antifaschistische Demokratie – Für Frieden und Abrüstung – Für nationale Souveränität». Unter den 1 500 Teilnehmern waren Abordnungen der *DKP* und der *SDAJ* sowie Vertreter ausländischer und internationaler Widerstandskämpferorganisationen. Kurt Erlebach, Generalsekretär der *VVN-BdA* und Mitglied des *DKP*-Parteivorstandes, betonte in seiner Eröffnungsrede das Engagement der Antifaschisten bei der Unterschriftensammlung für den *Krefelder Appell* und bei den Vorbereitungen der «Ostermarschaktionen». Der *DKP*-Parteivorstand übermittelte solidarische Grüße und hob hervor, der *VVN-BdA* komme «im Kampf gegen Rechtsentwicklung und Militarisierung große politische Bedeutung» zu.

Die *VVN-BdA* spielte auch 1982 eine koordinierende Rolle in der kommunistischen «Antifaschismus»-Kampagne und bei den damit verbundenen Bestrebungen zur Schaffung antifaschistischer und antimonopolistischer Bündnisse.

Auf einer Tagung des Landesverbandes Hessen anlässlich seines 35jährigen Bestehens am 27. Februar in Gießen erklärte der Landesvorsitzende Prof. Dr. Jürgen Redhardt, die *VVN* werde die Bewegung gegen die Mittelstreckenraketen der NATO stärken und unterstützen. Die hessischen Gruppen der *VVN* beteiligten sich aktiv an Veranstaltungen und Aktionen der kommunistischen Kampagnen für «Frieden und Abrüstung», gegen «Neofaschismus» und «Berufsverbote».

Demokratische Fraueninitiative (DFI)

Die *DFI* wurde 1975 in Bonn mit Unterstützung der *DKP* als *Initiative Internationales Jahr der Frau '75* gegründet und hat sich 1976 in *Demokratische Fraueninitiative* umbenannt. Im Bundesgebiet verfügt die *DFI* über rund 100 Ortsgruppen. An der Spitze der Organisation steht ein *Zentraler Arbeitskreis*, in dem Kommunistinnen und Funktionärinnen *DKP*-beeinflußter Organisationen in entscheidenden Funktionen tätig sind. Einen Schwerpunkt ihrer Arbeit sah die *DFI* im «Friedenskampf». Besonders engagierte sie sich in der Initiative *Frauen in die Bundeswehr? – Wir sagen Nein!* sowie in Kampagnen zur «vorsorglichen Verweigerung jeder Art von Dienstverpflichtung».

In Hessen bestehen 14 *DFI*-Gruppen, in denen *DKP*-Mitglieder an maßgeblicher Stelle mitarbeiten. *DFI* und *DKP* führten zum *Internationalen Frauentag* (8. März) gemeinsame Veranstaltungen durch.

Neue Linke

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Die *MLPD*, im Juni als Nachfolgerin des ehemaligen *Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands (KABD)* gegründet, ist mit etwa 900 Mitgliedern die stärkste Organisation der *K-Gruppen*. Nach ihrem Grundsatzprogramm bekennt sie sich zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao-Tsetung, wobei sie die «revisionistische Machtergreifung» in der Sowjetunion und China kritisiert. Sie verfolgt das Ziel, den «revolutionären Sturz der Diktatur der Monopolkapitalisten» herbeizuführen und die «Diktatur des Proletariats» zu errichten. Die Partei hat bundesweit über 80 Ortsgruppen und Stützpunkte, die in 11 Bezirksverbänden zusammengefaßt sind. Ihre Parteizentrale befindet sich in Essen. Das Parteizentral-

organ *Rote Fahne* erschien 14-tägig mit einer Auflage von 8 000 Exemplaren. Nebenorganisationen der *MLPD* sind der *Revolutionäre Jugendverband Deutschlands (RJVD)* mit dem Organ *Rebell*, die *Kommunistischen Studentengruppen (KSG)* mit dem Organ *Roter Pfeil* und der *Bund Kommunistischer Intellektueller (BKI)*. Sie zählten zusammen etwa 600 Mitglieder.

In Hessen lag die Mitgliederzahl der *MLPD* unter 100. Ortsgruppen bestanden in Kassel, Gießen, Frankfurt am Main und Darmstadt.

Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD)

Die 1968 als *KPD/ML* gegründete *KPD* tritt für die Zerschlagung der «kapitalistischen Ausbeuterordnung in Ost- und Westdeutschland» ein, um dann die «Diktatur des Proletariats» in einem vereinten sozialistischen Deutschland zu errichten. Ihr Mitgliederbestand blieb insgesamt bei etwa 500. Die Auflage des Zentralorgans *Roter Morgen* lag weiterhin wöchentlich bei 6 000 Exemplaren.

Als «Neben-» bzw. «Massenorganisationen» traten in Erscheinung die *Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD)* mit etwa 250 Mitgliedern und dem Organ *Roter Rebell*, die *Kommunistischen Studenten (KS)* mit dem Organ *zwischenruf links*, die *Rote Hilfe Deutschlands (RHD)* mit dem Organ *Die rote Hilfe*, die *VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT)* mit etwa 1 500 Mitgliedern und dem Organ *Volksecho* sowie die *Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO)* mit rund 1 300 Mitgliedern und dem Organ *RGO-Nachrichten*.

Die politische Arbeit der *KPD* stagnierte. Sie erhofft sich von einer Spendenkampagne, die bis zum 5. ordentlichen Parteitag 1983 200 000 DM erbringen soll, eine Verbesserung der finanziellen Lage.

In Hessen verminderte sich die Mitgliederzahl von 120 auf 80. Auch hier blieb die politische Arbeit der *KPD* (2 *KPD*-Orts-

gruppen, 13 *VOLKSFRONT*-Kreisverbände und einzelne Stützpunkte anderer Nebenorganisationen) unter der Bevölkerung erfolglos. Ihre Betriebsarbeits-Aktionen (wiederholtes Verteilen von Betriebszeitungen) vor größeren Betrieben im Rhein-Main-Gebiet und in Darmstadt fanden keine Beachtung.

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Der 1973 gegründete *KBW* mit Sitz in Frankfurt am Main war 1982 hauptsächlich um seinen Fortbestand bemüht. Der starke Rückgang der Mitgliederzahl auf 500 (1981 noch 1 250) und das damit verbundene geringe Beitragsaufkommen brachten die Partei in erhebliche Schwierigkeiten. Sie mußte zahlreiche Büros auflösen oder verkleinern und sah sich gezwungen, in ihrem Gebäude in Frankfurt am Main Räume zu vermieten und Druckaufträge für andere auszuführen. Obwohl zahlreiche *KBW*-Funktionäre auf die Auflösung der Partei drängten, beschlossen außerordentliche Delegiertenkonferenzen im Juni und November den Fortbestand, um innerhalb von «Bewegungen» für die «revolutionäre Umwälzung» eintreten, örtlich und bundesweit «Arbeitszusammenhänge» sichern und die Sach- und Produktionsmittel auch anderen «Linken» verfügbar halten zu können. Die *KBW*-Organe *Kommunistische Volkszeitung* und *Kommunismus und Klassenkampf* stellten zum Jahresende ihr Erscheinen ein. Seit Januar 1983 erscheint stattdessen die Monatschrift *KOMMUNE-Forum für Politik und Ökonomie*, bei der der *KBW* jedoch nicht als Herausgeber firmiert.

Die *KBW*-Nebenorganisationen *Kommunistischer Jugendbund* und *Kommunistischer Studentenbund* stellten ebenfalls ihre Arbeit ein; die *Vereinigung für revolutionäre Volksbildung (VrV)* war nur noch in einigen örtlichen Gruppen aktiv.

Der desolate Parteizustand prägte auch die politische Arbeit der noch bestehen-

den vier hessischen Bezirksverbände mit etwa 100 (1981: 250) Mitgliedern. Innerparteiliche Diskussionen und Auseinandersetzungen über die künftige Parteiarbeit und Struktur der Organisation bestimmten den Verlauf der Parteiveranstaltungen. Die hessischen Parteianhänger traten bei Aktionen der Protestbewegung als Mitläufer in Erscheinung.

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Der 1980 vom KBW abgespaltene BWK mit Sitz in Köln unterhielt sieben Landesverbände und vier *Verbindungsbüros* mit regionalen Geschäftsstellen. Sein Mitgliederbestand ging gegenüber 1981 von 600 auf etwa 500 zurück. Zentrale 14-tägig erscheinende Schriften der Organisation waren *Politische Berichte* und *Nachrichtenhefte*.

In seiner politischen Arbeit strebte der BWK die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen der *Neuen Linken* wie der KPD, der *VOLKSFRONT* und dem KB an. Er beteiligte sich ohne Erfolg an den Landtagswahlen in Niedersachsen (76 Stimmen) und Bayern (413 Stimmen). Zur Bundestagswahl 1983 beschloß er mit der KPD eine «Gemeinsame Wahlplattform» und die «gegenseitige Unterstützung von offenen Listen».

In Hessen blieben die Aktivitäten des BWK gering; es gelang ihm wiederum noch nicht, Organisationseinheiten aufzubauen.

Kommunistischer Bund (KB)

Der 1971 mit Sitz in Hamburg gegründete und hauptsächlich im norddeutschen Raum aktive KB beschloß trotz des Rückgangs seiner Mitgliederzahlen, am weiteren Bestand der Organisation festzuhalten. Ihm gehörten bundesweit etwa 500 (1981: etwa 570) Mitglieder an. Sein Zentralorgan *Arbeiterkampf* erschien seit Januar 1982 nicht mehr 14-tägig, sondern nur noch monatlich.

In Hessen hat der KB kaum noch Mitglieder, seine Aktivitäten waren weiterhin rückläufig und politisch unbedeutend.

Sonstige kommunistische Gruppen

Die wenigen sonst noch bestehenden kleineren kommunistischen Gruppen, die der *dogmatischen Neuen Linken* zuzurechnen sind oder trotz kistisches Gedankengut vertreten, konnten sich zwar überregional behaupten, blieben jedoch politisch einflußlos. In Hessen ist lediglich die *Gruppe Internationaler Marxisten (GIM), deutsche Sektion der IV. Internationale* mit Sitz in Frankfurt am Main zu nennen. Die Mitgliederzahl ging bundesweit von 300 auf 200 zurück und stagnierte in Hessen bei 30. Die Auflage des Publikationsorgans *was tun* ging von 2 500 im Jahre 1981 auf 2 000 zurück.

Der Versuch der *dogmatischen Neuen Linken*, mit Hilfe der Gründung einer Zeitschrift *Moderne Zeiten* eine politische Neuformierung zu erreichen, ist gescheitert.

Undogmatische Neue Linke

Die Anhänger der zahlreichen, schwer überschaubaren Gruppierungen der linksextremen *undogmatischen Neuen Linken* waren weiterhin in sich zerstritten. Sie lehnten politische Programme und Organisationsformen ab und propagierten den Widerstand gegen das bestehende System. Das Spektrum der Bewegung reichte von militanten *Autonomen* über *Alt-Spontis* bis hin zu *gewaltfreien Alternativen*.

Erneut bildeten die linken Buchläden, örtliche und überregionale Stadt- und Szenenblätter (in Hessen u. a. der *Pflasterstrand*, das *Regionalblatt Mainz/Wiesbaden*, das *Regionalblatt Darmstadt* – es stellte im Dezember sein Erscheinen ein –), die bundesweit erscheinende *die tageszeitung (taz)* – Auflagenhöhe täglich 59 000 (1981: 45 000) Exemplare – sowie Alternativschriften, die überwie-

gend keine extremen Ziele verfolgten, Zentren für den allgemeinen Informationsaustausch innerhalb der *undogmatischen Neuen Linken*.

Protestaktionen der Gruppen der *undogmatischen Neuen Linken* richteten sich schwerpunktmäßig gegen den Bau der Startbahn West des Rhein-Main-Flughafens, das Leerstehen von Wohnraum, den Bau von Kernkraftwerken, militärische Anlagen und das NATO-Herbstmanöver. Zahlreiche Spreng- und Brandschläge verursachten erhebliche Sachschäden. Bei Farb- und Sprühaktionen wurde mehr als zuvor das Symbol der *Anarchisten*, das A im Kreis, sowie der fünfzackige Stern (Symbol u. a. der *Roten Armee Fraktion*) verwandt.

Bei über 50 gewalttätigen Aktionen gegen den Bau der Startbahn West, an denen sich jeweils etwa 200 bis 10 000 Personen beteiligten, wurden 231 Polizisten verletzt und erheblicher Sachschaden an öffentlichem und privatem Eigentum angerichtet. Die gewalttätigen Teilnehmer waren bei den Aktionen meist verummumt und griffen die eingesetzten Polizeikräfte nicht selten mit Stahlkugeln, Schrauben, Krampen, Holzknüppeln, Eisenstangen, Steinen, Molotowcocktails und Leuchtraketen an. 416 Personen mußten festgenommen werden. Es kam auch zu gezielten Anschlägen auf Flugsicherungseinrichtungen und am Startbahnbau beteiligte Firmen.

Insbesondere die *militanten Autonomen* verbreiteten bei gewalttätig verlaufenden Aktionen in Flugschriften und Sprühaktionen ihre Parolen. Darin hieß es beispielsweise: «Kampf den Kapitalistenschweinen und ihrer Völkermordpolitik», «Die Frage der Menschenrechte muß revolutionär beantwortet werden», «die prinzipielle Aussage ist, daß wir gegen den Staat sind... Wir wollen nicht irgendwelche Auswüchse bereinigen oder kritisieren, wir wollen den Staat abschaffen». Bereits im Frühjahr grenzte sich die *Autonome Szene* von den *Alt-Spontis* ab, weil diese nach Auffassung der *Autonomen*

eine gezielte, militante und antiimperialistische Politik denunzierten und verhin-derten, statt die Probleme in den Mittelpunkt der Diskussionen zu stellen, «an denen die Konfrontation mit dem System abläuft, am schärfsten ist, gekämpft wird».

Die *Sponti-Szene* in Frankfurt am Main ihrerseits distanzierte sich wiederum von den *militanten Autonomen*. Ihre Bedeutung ging jedoch aufgrund der schlechten finanziellen Lage zurück. Das galt besonders für die Projekte *Pflasterstrand*, *Druckladen* und *Karl-Marx-Buchhandlung*. Die Diskussion, wie man «überleben» könne, begann.

Mit Beginn der Prozesse gegen Startbahngegner konstituierten sich in Frankfurt am Main und Gießen sogenannte *Bunte Hilfe*-Gruppen als Unterstützer der alternativen Protestaktionen. In einer Selbstdarstellung wurde ausgeführt: «Wir sind keine Partei, wir haben kein politisches Programm, wir entscheiden nicht über Form und Inhalt des Widerstandes. Wir lehnen jede Bevormundung der praktisch arbeitenden Gruppen ab... Wir wollen beraten, Kontakte vermitteln, soweit möglich auch materiell unterstützen und die Öffentlichkeit informieren.»

In Hessen dürften der *undogmatischen Neuen Linken* etwa 2 500 Personen zuzurechnen sein, die in der Lage sind, für besondere Aktionen bis zu 2 000 weitere Menschen zu mobilisieren.

Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen

In den hessischen Universitäten und Hochschulen erlangten linksextreme Gruppen von insgesamt 157 Sitzen 58 (1981: 54). Während die Gruppen der *Alten Linken* (*MSB* und *Sozialistischer Hochschulbund*) gegenüber 1981 zwei Mandate verloren und nur noch 20 Sitze errangen, konnten die Gruppen der *Neuen Linken* (*Basisgruppen* und *Spontis*) ihre

Sitzanteile von 32 auf 38 erhöhen. Die *K-Gruppen* beteiligten sich auch 1982 nicht an den Wahlen.

Die sich nach außen abschirmende, der *Neuen Linken* zuzurechnende revolutionär-marxistische Vereinigung *Marxistische Gruppe (MG)* stellte sich erneut als eine der aktivsten Organisationen an den Hochschulen dar. Sie bekämpft die Demokratie als «Staatsform der bürgerlichen Ausbeutung» und verfügt bundesweit über etwa 1 000 Mitglieder, die straff organisiert und strenger Disziplin unterworfen sind. Als Verbandsorgane erscheinen die *Marxistische Arbeiterzeitung (MAZ)* und die *Marxistische Studentenzeitung (MSZ)*. Darüber hinaus gab die Vereinigung örtliche Hochschulzeitungen in hoher Auflagenzahl sowie Betriebs-, Branchen- und Regionalausgaben der *MAZ* heraus.

Terrorismus

Rote Armee Fraktion (RAF)

Nachdem die *Rote Armee Fraktion (RAF)* am 31. August und 15. September 1981 zwei schwere Anschläge auf die *US-Air-Base Ramstein* und auf General Kroesen begangen hatte, mußte damit gerechnet werden, daß sie die «Offensive auf allen Ebenen» fortsetzen würde. Dies geschah jedoch nicht. Ein bewaffneter Raubüberfall auf eine Sparkasse in Bochum blieb die einzige Gewaltaktion der *RAF*. Statt der erwarteten Aktionen veröffentlichte die *RAF* im Juni eine 20-seitige Erklärung mit dem Titel «Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front». Im Mittelpunkt standen Überlegungen zum Konzeption und zur Strategie der *RAF*, die darauf hinausliefen, eine «antiimperialistische Front» aufzubauen, an der neben der *RAF* auch deren scheinlegale *Unterstützer* sowie militante Gruppen der *undogmatischen extremen Linken* beteiligt werden sollten. Obwohl sich die *RAF* entgegen

ihrer früheren Haltung zu Konzessionen an andere Gruppen bereiterklärte, hatte sie damit nur sehr geringen Erfolg. Vielmehr stieß die *RAF* in breiten Kreisen der *Alternativszene* auf Ablehnung; man warf ihr Selbstüberschätzung und Realitätsferne vor.

Einen schweren Schlag mußte die *RAF* hinnehmen, als ihre Mitglieder Adelheid Schulz und Brigitte Mohnhaupt am 11. November in Dietzenbach sowie Christian Klar am 16. November bei Hamburg festgenommen wurden. Es ist davon auszugehen, daß die Festnahmen die *RAF* in ihrer Aktionsfähigkeit erheblich beeinträchtigt haben. Die Bedeutung der Festgenommenen innerhalb der *RAF* ergibt sich aus ihrer langjährigen Zugehörigkeit zu der terroristischen Vereinigung und den gegen sie erhobenen Tatvorwürfen. So sind Klar, Schulz und Mohnhaupt bei unterschiedlicher Tatbeteiligung u. a. verdächtig, an der Ermordung des Generalbundesanwalts Siegfried Buback und seiner Begleiter, des Bankiers Jürgen Ponto, des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer und seiner Begleiter sowie den Anschlägen auf die *US-Air-Base Ramstein* und auf General Kroesen mitgewirkt zu haben. Durch die Entdeckung von 13 Depots mit Waffen, Munition, Fälschungsutensilien, Ausweispapieren und anderen Hilfsmitteln hat die *RAF* einen weiteren erheblichen Verlust hinnehmen müssen.

Die *Unterstützerguppen* der *RAF* setzten ihre Arbeit fort. Dieser scheinlegale Bereich hat in Hessen seit Jahren einen Schwerpunkt. Das gilt sowohl für die Personen als auch für die Aktivitäten. Hauptaufgabe der *Unterstützer* sind Propagandaaktionen, die Betreuung von inhaftierten *RAF*-Mitgliedern und der Informationsaustausch untereinander, zu *Illegalen* und *Häftlingen* sowie innerhalb dieser Gruppen. Darüber hinaus rekrutiert die *RAF* ihren Nachwuchs aus dem Personenkreis des engeren *Unterstützerefeldes*. Die *RAF-Unterstützer* versuchten, eine «antiimperialistische Front» unter Einbe-

ziehung nicht ausschließlich *RAF*-orientierter Kräfte aufzubauen. Dazu nahmen sie vielfach an Demonstrationen anderer Gruppen teil und setzten sich bei Diskussionen für gemeinsame Aktionen ein. So war beim Protest gegen den Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens die Beteiligung der *RAF-Unterstützer* besonders deutlich. Mit dem Hinweis, daß der geplante Ausbau ausschließlich den Interessen des «US-Imperialismus» diene, beteiligte sich dieser Personenkreis an den Aktionen und Demonstrationen. Damit wurde auch das Ziel verfolgt, die eigene personelle Basis zu erweitern, bisher jedoch ohne großen Erfolg. Wie schon 1981 muß eine Reihe von Anschlägen dem scheinlegalen *RAF-Unterstützerbereich* zugerechnet werden. Sowohl die Auswahl der Objekte, insbesondere amerikanische Einrichtungen, als auch die Bekennerschreiben rechtfertigen den Schluß, daß hier *RAF-Unterstützer* am Werke waren. Diese Handlungsweise entspricht auch dem neuen Konzept der *RAF*, die ihre *Unterstützer* zu Aktionen dieser Art aufgefordert hat, um verstärkt Propaganda für ihre «Politik» zu machen und anderen extremen Kräften ein Beispiel zu geben.

Revolutionäre Zellen (RZ)

Die *RZ* setzten bei zahlreichen Sprengstoff- und Brandanschlägen ihre seit Jahren geübte Handlungsweise fort. Sie nahmen aktuelle Ereignisse, auch lokaler Art, zum Anlaß ihrer Straftaten. Dabei achteten sie auch auf die «Vermittelbarkeit» der Aktionen und riefen zur Nachahmung auf. Bei den Zielen waren zwei Schwerpunkte erkennbar. Einer war der Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens; Gebäude und Geräte von Bau- und Zulieferfirmen, die am Flughafenausbau beteiligt sind, wurden mit Brand- und Sprengsätzen angegriffen. Den zweiten Schwerpunkt bildete der

«US-Imperialismus»; eine Serie von Anschlägen, darunter drei in Hessen, richter US-Offizierscasinos und andere Militäreinrichtungen. Zu den Anschlägen veröffentlichten die bisher unbekannteten Täter jeweils Bekennerbriefe, ein weiteres Merkmal der Handlungsweise von *Revolutionären Zellen*.

Daneben gaben sie in Flugschriften wie schon in den vergangenen Jahren technische Anleitungen für Brand- und Sprengstoffanschläge, die mittlerweile in linksextremen gewaltbereiten Gruppen weit verbreitet sind.

Wegen der Forderung der *RZ*, die jeweilige Aktion müsse vermittelbar sein, der von ihnen aufgezeigten Möglichkeit, «Widerstand» auf allen Ebenen zu üben, der Vielfältigkeit ihrer Zielobjekte und vor allem der Möglichkeit, den bisherigen Lebenskreis beizubehalten, finden die *RZ* in weiten Kreisen gewaltorientierter Gruppen größeren Anklang als die *RAF*.

Zu einer ganzen Reihe von Anschlägen sind keine Tatbekenntnisse bekanntgeworden. In diesen Fällen muß davon ausgegangen werden, daß die Täter in militanten *autonomen* Kleingruppen zusammengeschlossen sind, die als *Guerilla diffusa* bezeichnet werden. Sie weisen in ihrem taktischen Vorgehen ihrer Arbeitsweise und ihren Angriffszielen Übereinstimmungen mit den *Revolutionären Zellen* auf, bekennen sich jedoch nicht zu ihren Taten. Das wird durch die Aussage in einer 1981 erschienenen Schrift gerechtfertigt, in der ausgeführt ist: «Jede Aktion sollte sich durch sich selbst erklären; eine Aktion, die eine Erklärung benötigt, ist falsch und überflüssig.»

Einen neuen Weg in ihrem «Kampf» gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sucht eine Gruppe im Rhein-Main-Gebiet. Dieser Personenkreis hat die ideologischen Vorstellungen der *RAF* weitgehend übernommen, will jedoch die Gewaltaktionen nicht aus dem Untergrund durchführen, sondern nach dem Muster der *Revolutionären Zellen* aus der Legalität heraus Anschläge verüben.

Beurteilung

Die *DKP* konnte 1982 trotz weiter stagnierender Mitgliederzahlen mit Hilfe ihrer Bündnispolitik erneut Einfluß auf die außerparlamentarischen Protestbewegungen und deren Aktionen gewinnen. Sie versuchte, durch geschickte Agitation und Herausstellung eines Minimalkonsenses als Basis der Zusammenarbeit, die unterschiedlichen Interessengruppen insbesondere im Kampf gegen die Realisierung des Nachrüstungsbeschlusses der NATO zusammenzuführen. Die *DKP* bildet zwar in der *Friedensbewegung* eine zahlenmäßig kleine Minderheit, stellt aber mit ihrem Umfeld einen überaus aktiven und geschlossenen Block dar, der neben dem organisatorischen und publizistischen Apparat klare Zielvorstellungen, geschulte Führungskader und die erforderlichen finanziellen Mittel besitzt. Ihr Einfluß in der Bewegung ist daher erheblich größer als ihr quantitativer Anteil. Das Scheitern der Bemühungen der *DKP* um Bildung eines breiten Wahlbündnisses zur hessischen Landtagswahl sowie das für die Partei enttäuschende Wahlergebnis beweisen jedoch, daß die mit großen Anstrengungen im Rahmen ihrer Bündnispolitik und ihres «außerparlamentarischen Kampfes» errungenen Erfolge nur von begrenztem Wert sind. Eine akute Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland stellte die *DKP* auch 1982 nicht dar.

Den Parteien und Organisationen der *dogmatischen Neuen Linken* gelang es nicht, ihre politischen Ziele auch nur geringen Teilen der Bevölkerung näherzubringen. Versuche, auf Protest- und Umweltschutzbewegungen Einfluß zu nehmen, scheiterten. Sie hatten hauptsächlich um ihr Überleben zu kämpfen.

Die Gruppierungen der *undogmatischen Neuen Linken* waren weiterhin untereinander zerstritten, obgleich sich in der Aktion gelegentlich Gemeinsamkeiten zeigten. Spektakuläre, militante Aktionen gingen fast ausschließlich von den *Autonomen Gruppen* aus.

Im studentischen Bereich konnten die linksextremen Gruppen bei den Parlamentswahlen die Gesamtzahl ihrer Mandate erhöhen. Es gelang den Gruppen der *undogmatischen Neuen Linken*, ihre Mandate um sechs zu vermehren, während die *orthodoxen Kommunisten* zwei Sitze verloren.

Durch die Festnahmen und den Verlust eines großen Teiles ihrer Hilfsmittel ist die *RAF* zwar schwer angeschlagen, aber nicht entscheidend getroffen worden. Es ist zu befürchten, daß die im Untergrund verbliebenen 15–20 Bandenmitglieder nach einer Phase der Erholung erneut Gewalttaten begehen. Auch die *Revolutionären Zellen* und die Gruppen der *Guerilla diffusa* werden vermutlich ihren bisher eingeschlagenen Weg weiter verfolgen und dabei versuchen, neue Personengruppen für ihr Konzept zu gewinnen.

Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

Allgemeine Entwicklungstendenzen

Auch 1982 zeigte sich der weitaus überwiegende Teil der in Hessen lebenden 520 000 Ausländer politisch zurückhaltend. Soweit sich ausländische Gruppierungen politisch engagierten, befaßten sie sich wie in den vergangenen Jahren überwiegend mit den politischen Verhältnissen in ihren Herkunftsländern.

Die Demonstrations- und Agitationstätigkeit türkischer Gruppen gegen die Militärregierung im Heimatland hielt unverändert an. Daneben waren die deutsche Wirtschafts- und Militärhilfe an die Türkei sowie Ausländerfeindlichkeit und Zugangsbeschränkungen für jugendliche Ausländer Gegenstand der Kritik. Im Bereich des iranischen Extremismus setzte sich die Konfrontation zwischen *Khomeini-Anhängern* und *Khomeini-Gegnern* fort. Die Ereignisse im Libanon führten zu einer erhöhten Gefährdung israelischer und jüdischer Einrichtungen. Syrische Terroristen versuchten, Anschläge auf in der Bundesrepublik Deutschland lebende Angehörige der *Moslembruderschaft* auszuführen. Die Gewalttaten im Bereich der jugoslawischen Emigration hielten an. Kurdische Gruppen machten durch spektakuläre Aktionen auf die «unmenschliche Politik» der irakischen Regierung und auf die «Gewalttaten der türkischen Militärregierung» aufmerksam.

Türken

1982 wurde die Militärregierung in der Türkei immer mehr zum Angriffsziel der linksextremen türkischen Gruppierungen. Der gemeinsame Gegner ließ die Auseinandersetzung mit extrem nationalistisch ausgerichteten Landsleuten in den Hintergrund treten. Rivalitätsdenken und Ide-

ologiestreitigkeiten im linksextremen Bereich wurden weitgehend abgebaut. Deutliche Zeichen dafür waren nicht nur Zusammenschlüsse verschiedener Gruppen, sondern auch gemeinsame Aktionen, an denen sich häufig Linksextremisten deutscher und anderer Nationalitäten beteiligten. Die Zahl der politisch motivierten Gewalttaten, die auf Auseinandersetzungen zwischen linksextremen und extrem nationalistischen Türken beruhten, ging deutlich zurück.

Die orthodox-kommunistisch beeinflusste *Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (FIDEF)* führte gemeinsam mit der *DKP* am 5. Februar Solidaritätskundgebungen für die in der Türkei inhaftierten Gewerkschaftsmitglieder durch. In Frankfurt am Main und in Kassel beteiligten sich an den Veranstaltungen ungefähr 200, in Wiesbaden und Idstein etwa 50 Personen. Mit Transparenten und Flugschriften forderten die Demonstranten zum Widerstand gegen die türkische Militärregierung auf. Die Zeitschrift *Türkei-Information*, Organ der der *Neuen Linken* zuzurechnenden Gruppe *Devrimci Yol (Revolutionärer Weg)*, bestätigte Anfang März den Zusammenschluß mehrerer türkischer Gruppen zum *Antifaschistischen Einheitskomitee im Ausland (BIRKOM)*. Nach Angaben der Zeitung gehören dem Komitee neben Anhängern von *Devrimci Yol* auch Vertreter der orthodox-kommunistischen *Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)* sowie der *Türkischen Partei der Werktätigen (TEP)* und der *Sozialistischen Vaterlandspartei (SVP)* an. In einem seit Anfang März in verschiedenen Städten des Bundesgebietes verteilten Flugblatt des *BIRKOM* wurden folgende Ziele genannt:

- «Unterstützung des revolutionären Kampfes der Völker der Türkei und Kurdistans gegen Imperialismus, Faschismus, Okkupation und jede Art von Ausbeutung in materieller und moralischer Hinsicht»,
- «Stärkung und Zentralisierung des Kampfes unserer Landsleute, die ge-

zwungen sind, im Ausland zu arbeiten und zu studieren»,

- «Kampfheit mit den Werktätigen der anderen Nationen.»

Am 3. April forderten etwa 100 linksgerichtete Türken und Deutsche in Oberveilmar bei Kassel «Graue Wölfe raus», als der *Verein türkischer Idealisten in Kassel und Umgebung e. V.* – ein Mitgliedsverein der extrem nationalistischen *Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF)* – unter dem Motto «Aufruf zur nationalen Einheit» in Oberveilmar einen «türkischen Abend» veranstaltete. Zwischen den etwa 1 200 Teilnehmern und den Demonstranten kam es zu Streitigkeiten und Beschimpfungen. Polizeikräfte verhinderten die gewaltsame Auseinandersetzung.

Am 25. April demonstrierten 44 Türken aus dem linksextremen Lager vor der türkischen Botschaft in Bonn gegen die Militärregierung. Die Türken gingen beim Einschreiten der Polizei sofort gewalttätig gegen diese vor. Sechs Polizeibeamte wurden verletzt. Die Demonstranten, von denen sieben in Hessen wohnten, wurden festgenommen.

Die Gruppe *ATIF (Partizan)* warf in einem in türkischer und deutscher Sprache verfaßten Aufruf zum 1. Mai dem «westdeutschen imperialistischen Staat» vor, einen neuen Weltkrieg vorzubereiten. Der «westdeutsche Imperialismus» sei der «Hauptfeind» der im Bundesgebiet lebenden türkischen Werktätigen, die unter Ausländerfeindlichkeit, Arbeitslosigkeit und der Einschränkung demokratischer Rechte zu leiden hätten. «Ohne gegen ihn zu kämpfen, kann man von einem Kampf gegen Imperialismus überhaupt nicht reden», hieß es weiter. Auch der Bundeskanzler wurde agitatorisch angegriffen. Ende Mai kam es im Bundesgebiet zu Hungerstreikaktionen linksextremer türkischer Gruppierungen als Ausdruck des Protestes gegen die Regierung in ihrem Heimatland, gegen «Hinrichtungen» und «Folter». In Frankfurt am Main beteiligten sich etwa 25 Angehörige türkischer und

kurdischer Organisationen an dem Protest, so am 3. Juni vor dem Gebäude der *Frankfurter Rundschau*.

Anläßlich des zweiten Jahrestages der Machtübernahme durch die türkische Militärregierung demonstrierten in Frankfurt am Main am 11. September mehr als 20 000 linksorientierte Türken. Die Demonstranten waren aus dem gesamten Bundesgebiet angereist. Ungefähr 300 Angehörige der deutschen *Neuen Linken* nahmen an der Protestaktion teil. Auf zahlreichen Transparenten hieß es:

- «Nieder mit dem deutschen Chauvinismus»
- «Nieder mit der faschistischen Militärdiktatur»
- «Zerstört die NATO».

In Köln drangen am 3. November neun bewaffnete und maskierte Angehörige der militanten linksextremen türkischen Organisation *Devrimci Sol* in das Generalkonsulat ihres Landes ein, gaben Warnschüsse ab und nahmen mindestens 32 Personen als Geiseln, von denen sie die meisten nach einigen Stunden wieder freigaben. Im Verlauf der Aktion befestigten die Täter an der Fassade ein Transparent mit den Aufschriften «Kampf bis zur Befreiung *Devrimci Sol*» und «Nein zur Junta-Verfassung in der Türkei». Nach längeren Verhandlungen räumten die Geiselnehmer am 4. November in Begleitung der restlichen Geiseln das Gebäude. Die Gruppierung *Devrimci Sol* wurde durch Verfügung des Bundesministers des Innern vom 27. Januar 1983 verboten. Das Verbot ist noch nicht rechtskräftig.

In Berlin, München, Hamburg, Dortmund und Frankfurt am Main organisierten türkische Gruppen Solidaritätsaktionen für die Kölner Geiselnehmer. Während einer Demonstration der *Türkei-Initiative* mit etwa 150 Teilnehmern am 10. November im Frankfurter Stadtteil Bockenheim verteilten Unbekannte Flugblätter, in denen es u. a. hieß: «Die türkischen Genossen in Köln haben den Krieg dahin zurückgebracht, von wo er ausgeht, in das imperia-

listische Zentrum Europas, die Bundesrepublik Deutschland. Es ist an uns, dieses Zeichen aufzunehmen und zu verstehen als Aufforderung, hier zu kämpfen.»

Unter den rechtsextremen türkischen Gruppen entfaltete insbesondere die nationalistische *Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF)* mit Sitz in Frankfurt am Main eine rege Versammlungstätigkeit. Bei Kongressen in mehreren Großstädten wurde vor allem über die Ausländerfeindlichkeit und Integrationsprobleme diskutiert. Innerhalb ihrer Agitation war der Kampf gegen den «russischen Imperialismus» auch im vergangenen Jahr wieder eines der bevorzugten Themen. Gegenüber der türkischen Militärregierung hat die Föderation noch immer keine eindeutige, konstante Einstellung gefunden.

Am 1. November wurde der Vorsitzende der *ADÜTDF*, Musa Serdar Celebi, Kriffel im Taunus, auf Grund eines Ersuchens der italienischen Justizbehörden verhaftet. Er wird beschuldigt, 1981 zusammen mit anderen Personen «aktiv und terroristisch» dem Attentäter Mehmet Ali Agca Beihilfe bei der Vorbereitung des Anschlages auf den Papst geleistet zu haben. Celebi wurde an die italienischen Justizbehörden ausgeliefert.

Bundesweit wird die Zahl der in linksextremen türkischen Gruppen Organisierten auf 26 000, in extrem nationalistischen Vereinigungen auf 27 000 geschätzt. Davon entfallen in Hessen auf den linksextremen Bereich etwa 2 500, auf den extrem nationalistischen rund 1 500.

Jugoslawen

Die Gewalttaten im Bereich der jugoslawischen Emigration setzten sich fort. In Untergruppenbach, Krs. Heilbronn, wurden am 17. Januar drei der *Kosovo-*

Bewegung angehörende Jugoslawen albanischer Volkszugehörigkeit von einem Unbekannten erschossen. Einer von ihnen machte noch vor seinem Ableben den jugoslawischen Sicherheitsdienst für den Mordanschlag verantwortlich. Landsleute der Toten klebten in der Nacht vom 18./19. Februar in der Frankfurter Innenstadt Plakate mit Lichtbildern der Opfer. Im deutschen Text hieß es:

«Ermordet von den Henkern des jugoslawischen Geheimdienstes *UDBa*, weil sie für die Rechte des albanischen Volkes in *Kosovo* eintraten.

Wir fordern:

- Restlose Aufklärung der Mordtat von Untergruppenbach durch die deutschen Behörden.
- Schluß mit dem Terror gegen die albanische Bevölkerung in Jugoslawien.
- Erhebung *Kosovos* in den Status einer Teil-Republik der jugoslawischen Föderation.
- Entschiedene Maßnahmen gegen die verbrecherische Tätigkeit ausländischer Geheimdienste in der Bundesrepublik Deutschland».

Unterzeichnet waren die Plakate mit «Die albanischen Arbeiter in West-Europa.»

«Kroatische Revolutionäre» warteten im Mai in Flugblättern Touristen und Reisende vor Urlaubsreisen nach Jugoslawien. In einem Schreiben an die Deutsche Presse-Agentur in Frankfurt am Main kündigten die Verfasser «politische Kämpfe ohne Gnade» auf kroatischem Boden an. Dabei seien «zahlreiche Tote und Verletzte nicht auszuschließen». Unter Hinweis auf den Konflikt in der südjugoslawischen Provinz *Kosovo* hieß es, daß «mit allen Mitteln» um die von der jugoslawischen Regierung «verbotene Heimat» gerungen werde.

Bei einem Folkloreabend des *Clubs der Albaner* (regimetreue Jugoslawen) kam es am 14. November in Frankfurt am Main zu tätlichen Auseinandersetzungen mit regimefeindlich eingestellten Landsleuten, die von der Polizei beendet werden mußten.

Iraner

Die Konfrontation zwischen *Khomeini-Anhängern* und *Khomeini-Gegnern* ist weiterhin Schwerpunkt des iranischen Extremismus.

Am 24. April überfielen in Mainz ungefähr 100 mit Messern, Schlagstöcken, Steinen und Ketten bewaffnete iranische *Khomeini-Anhänger* oppositionelle Landsleute in Studentenwohnheimen. Die Bewohner wurden mißhandelt, Wohnräume verwüstet, persönliche Unterlagen mitgenommen. 28 iranische Staatsangehörige sowie sechs Polizeibeamte erlitten zum Teil erhebliche Verletzungen. Gegen 86 Iraner wurden Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs und Verdachts der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung eingeleitet. 23 der Beschuldigten hatten ihren ständigen Wohnsitz in Hessen. 32 Iraner wurden in den Iran abgeschoben.

In den darauffolgenden Monaten wurden an verschiedenen Universitäten in Hessen zahlreiche Drohanrufe registriert. Die anonymen Anrufer forderten iranische Studenten auf, jegliche Kontakte zu *Khomeini-Gegnern* zu unterlassen, keine regimfeindlichen Demonstrationen zu organisieren oder *Anti-Khomeini-Flugblätter* zu vertellen. Bei Mißachtung der Warnungen seien «blutige Auseinandersetzungen» unvermeidbar.

Am 26. November und 12. Dezember kam es an der Fachhochschule und in einem Studentenwohnheim in Gießen zwischen *Khomeini-Gegnern* und *Khomeini-Anhängern* zu Messerstechereien, bei denen mehrere Iraner verletzt wurden. Während der Auseinandersetzungen riefen die *Anhänger Khomeinis*: «Euch schlachten wir ab!» Sie erklärten sich als «*Wächter der Islamischen Revolution*», denen kein Gegner entkomme.

Palästinenser

Die Ereignisse im Libanon bestimmten hauptsächlich die Aktivitäten der Palästi-

nenser in Hessen. Im zweiten Halbjahr mehrten sich Demonstrationen, Versammlungen, Solidaritäts- und Informationsveranstaltungen. Bei nahezu allen Aktionen zum Palästina-Problem waren deutsche linksextreme Gruppen organisatorisch und initiativ tätig.

Am 15. Juni demonstrierten in Frankfurt am Main etwa 1 000 Personen, überwiegend Ausländer, gegen das Eindringen der israelischen Streitkräfte in den Libanon. Ein *Palästina-Koordinations-Komitee*, unterstützt von etwa 70 Gruppen und Organisationen der *orthodoxen Kommunisten*, der *Neuen Linken* und *autonomeren Vereinigungen*, rief zu einer bundesweiten Protestdemonstration für den 21. August in Frankfurt am Main auf, wo sich etwa 5 500 Teilnehmer, davon rund ein Drittel Ausländer, einfanden. Sie machten neben Israel und den «reaktionären» arabischen Staaten die USA und die Bundesrepublik Deutschland für die Unterdrückung der Palästinenser verantwortlich.

Am 2. Dezember protestierten in Marburg etwa 500 Personen, dem Aufruf eines *Palästina-Komitees* folgend, derart lautstark gegen eine Diskussionsveranstaltung unter Beteiligung eines Angehörigen der israelischen Botschaft, daß sie abgebrochen werden mußte.

In Frankfurt am Main detonierte am 27. September vor zwei Reisebüros und vor dem Büro einer Fluggesellschaft je eine Bombe. Es gab ein Todesopfer; der Sachschaden belief sich auf ungefähr DM 500 000. Bei der Frankfurter Flughafen AG bezichtigte sich schriftlich eine *Justice for Palestine Organisation*, die Anschläge ausgeführt zu haben. Sie behauptete auch, für einen Sprengstoffanschlag auf dem Flughafen München-Riem am 31. Juli verantwortlich zu sein.

Syrer

Am 1. März wurden in Stuttgart vier Angehörige eines syrischen Terrorkommandos festgenommen, die im Besitz

eines Koffers mit Sprengstoff waren. Aufgefundene Unterlagen berechtigten zu dem Verdacht, daß das Kommando einen Anschlag gegen Angehörige der *Moslembruderschaft* im Raum Frankfurt am Main geplant hatte. Die islamisch extreme *Moslem-Bruderschaft* betreibt den Sturz des gegenwärtigen Regimes in Syrien.

Kurden

Vom 29. bis 31. Mai tagte in Marburg der Kongreß der orthodox-kommunistischen *Vereinigung der Studenten Kurdistans im Ausland (AKSA)*. Die 120 Delegierten beschlossen, in Zukunft eng mit den *Volksmodjahedin* im Iran zusammenzuarbeiten, um dadurch die Forderungen nach einem eigenen kurdischen Staat auf eine breitere Basis stellen zu können. Etwa 30 Kurden protestierten vom 23. bis 26. Juni ebenfalls in Frankfurt am Main mit einem Hungerstreik gegen die «unmenschliche Politik» der irakischen Regierung gegenüber den Kurden. Die Aktion wurde mit einer Demonstration abgeschlossen. Am 22. September besetzten 26 vermummte Personen, mit hoher Wahrscheinlichkeit Kurden, in Frankfurt am Main vorübergehend das Stadtbüro der türkischen Fluggesellschaft *Turkish Airlines*. Mit der Aktion wollten sie auf «neue Gewalt-

taten» der türkischen Militärregierung gegen demokratische Oppositionelle in Kurdistan aufmerksam machen.

Beurteilung

Die Aktivitäten extremer ausländischer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland haben sich insgesamt gesehen nicht verstärkt.

Bei den Konflikten zwischen linksextremen und extrem nationalistischen Türken sind die Gewalttätigkeiten zurückgegangen; hier ist zu erwarten, daß die agitatorische Auseinandersetzung mit den politischen Verhältnissen im Heimatland und die Situation der in der Bundesrepublik lebenden türkischen Staatsangehörigen in den Vordergrund treten werden.

Die Gewaltakte im Bereich der jugoslawischen Emigration und unter iranischen Extremisten setzten sich fort.

Nach wie vor ist es jedoch extremen Ausländergruppierungen nicht gelungen, ihre Basis zu verbreitern; die weitaus überwiegende Mehrheit der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer ließ sich nicht zu unfriedlichem Verhalten verleiten.

folgte, mit der ein Techniker eine Nebentätigkeit gesucht hatte:

Der Anrufer stellte sich vor und begann das Gespräch mit der Anrede: »Sie suchen doch Arbeit!«

Auf das zögernde Verhalten des Angerufenen bot der Anrufer eine Nebentätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an. Die Aufgabe sollte in Recherchen bei wissenschaftlichen Instituten, Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen bestehen. Wegen weiterer Einzelheiten verwies der Anrufer auf ein persönliches Gespräch und lud nach Ostberlin ein. Erstattung von Reisekosten und Zahlung von Spesen wurden zugesagt. Die Frage, wie der Anrufer an die Telefonnummer gelangt sei, beantwortete dieser mit: «Darüber zerbrechen Sie sich nicht Ihren Kopf.»

Diese Verhaltensweise macht deutlich, wie diese Angehörige der DDR-Geheimdienste in solchen Fällen hier auftreten, da sie keinem Risiko ausgesetzt sind. Das erklärt die direkt ausgesprochene Einladung nach Ostberlin, die Nennung von Einzelheiten sowie die schroffe Reaktion.

Scheinbar unverfänglich hingegen kann eine Briefanbahnung beginnen, die meist als einzigen Hinweis eine Absenderadresse aus der DDR enthält. Hierzu folgendes Beispiel (bei dem Angeschriebenen handelte es sich um einen ehemaligen Bundeswehrangehörigen, der das Studium der Sprachwissenschaften begonnen hatte):

Weimar, 18. 09. 82

Hallo Markus!

Du wirst Dich bestimmt wundern, von mir einen Brief zu bekommen, obwohl wir uns nicht kennen. Ich bin ehrlich, mir würde es nicht anders gehen. Vielleicht hörst Du mich aber trotzdem an. Ich heiße Gerlinde und bin 18 Jahre alt. Ich studiere dieselbe Fachrichtung wie Du. Aber Du wirst Dich wieder wundern, woher ich das weiß. Freundinnen haben Briefkontakt in die BRD. Von ihnen habe ich Deinen Namen erfahren, und so habe ich mich ebenfalls

zu einem Briefkontakt entschlossen. Ich finde es interessant, auf diese Art Gedanken und Erfahrungen auszutauschen. Ich würde mich jedenfalls freuen, wenn Du meinen Brief nicht achtlos zur Seite legst und ich in Dir vielleicht den gewünschten Brieffreund gefunden habe.

Bis bald und viele Grüße
Gerlinde.

Die Briefkontakte werden zunächst in diesem Stil fortgesetzt. Im nächsten Stadium werden Einladungen nach Ostberlin und in die DDR ausgesprochen. Kommt es zu Treffen in der DDR, wird der Bundesbürger mit angeblichen Freunden und Verwandten bekanntgemacht, die sich alsbald in den Vordergrund spielen, während die Brieffreundin immer weniger Zeit aufbringen kann. Diese Phase wird dann zur Heranführung des eigentlichen Agentenwerbers genutzt.

Weitere Briefanbahnungen gingen von der angeblichen *Gesellschaft für Reise, Erholung und Bildung (GEREB)* und der angeblichen *Intereuropäischen Ost-West-Studiengesellschaft Berlin (OWS)* aus.

Diese Legenden wurden verwandt, um durch beigefügte Fragebogen, die in der Aufmachung Werbeprospekten ähnelten, detaillierte Informationen über die angeschriebenen Bundesbürger zu erlangen. Die Briefe waren ausnahmslos in Berlin (West) aufgegeben.

Als Grundlage für Werbungsversuche wurde auch häufig ein gemeinsames Hobby wie das Sammeln von Briefmarken vorgeschoben. Die Kontaktperson in der DDR ist entweder selbst Mitarbeiter eines Nachrichtendienstes oder aber wird gezwungen, sich nachrichtendienstlichen Operationen zur Verfügung zu stellen, um ihre Westbeziehungen und eventuellen Reisemöglichkeiten in das «nichtsozialistische Ausland» nicht zu verlieren. Häufig laufen solche Briefkontakte über lange Zeiträume, ohne das eigentliche Themengebiet – Briefmarken – zu verlassen. Die Veränderung des Themenkreises, das Interesse an einer politischen Diskussion

Spionageabwehr

Allgemeine Lage

Die Aktivitäten der Geheimdienste kommunistischer Staaten gegen Personen und Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland haben nicht nachgelassen. Kernbereiche der systematischen Informationsbeschaffung gegnerischer Nachrichtendienste blieben Politik, Wirtschaft, Industrie und Forschung sowie Einrichtungen des westlichen Verteidigungs- und Sicherheitssystems.

Die Geheimdienste der DDR entwickelten auch 1982 die meisten Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland. Das trifft besonders für das Land Hessen zu.

Werbungsanlässe und -methodik

Weit mehr als die Hälfte der Personen, die mit östlichen Geheimdiensten in Berührung kamen, hatten ihren Wohnsitz im Bundesgebiet; mehr als 10% waren Bürger des Landes Hessen.

Am häufigsten versuchen die Ostblock-Nachrichtendienste Anwerbungen im eigenen Machtbereich. Private und berufliche Reisen dorthin werden ebenso genutzt wie verwandtschaftliche Bindungen und Bekanntschaften.

Kommunistische Dienste schrecken nicht davor zurück, Besucher sowohl bei der Einreise als auch im Verlauf des weiteren Aufenthaltes erheblichen Presionen auszusetzen.

Zoll- und Devisenvergehen sowie Verstöße gegen Verkehrsvorschriften sind dabei willkommenere Anlaß, die nachrichtendienstliche Ansprache und Verpflichtung zu erreichen. Devisenvergehen werden mit diesem Ziel von inoffiziellen Mitarbeitern der jeweiligen Nachrichtendienste provoziert.

Der Versuch der unerlaubten Ausfuhr von Antiquitäten und Verstöße gegen Fotografierverbote führen ebenfalls häufig zu nachrichtendienstlichen Ansprachen. Militärische Anlagen und Fahrzeuge, Wirtschaftsunternehmen, Hafen-, Eisenbahn- und Telegrafenanlagen, Brücken und Staudämme sind nur einige Beispiele von Objekten, die dem Fotografierverbot unterliegen.

Neben Angehörigen des öffentlichen Dienstes werden vor allem Reisende angesprochen, die aus beruflichen Gründen in den kommunistischen Machtbereich fahren. Besonders geeignete Gelegenheiten sind Messen, Wirtschafts- oder technisch-wissenschaftliche Kongresse.

Bewohner der DDR, die in den Westen übersiedeln wollten oder dorthin abgeschoben werden sollten, waren weiterhin eine bevorzugte Zielgruppe für Anwerbeversuche der Nachrichtendienste. Das gleiche gilt für Staatsangehörige sozialistischer Länder, die sich nach einem Ausbildungsaufenthalt in der DDR berufliche Beschäftigungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland suchten.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland wurden in zahlreichen Fällen Bundesbürger nachrichtendienstlich angesprochen. Insbesondere der militärische Nachrichtendienst der DDR nutzte auf Grund der Arbeitsmarktlage zur Agentenanwerbung Stellengesuche in regionalen und überregionalen Zeitungen, eine Methode, die seit Ende der 50er Jahre angewandt wird und ihre Bedeutung bis heute nicht verloren hat. Zielgruppen dieser Anwerbungsmethode waren Personen mit Erfahrungen in der Rüstungstechnik, in der Elektronik sowie im Flugzeugbau und Fernmeldewesen. Die Kontaktaufnahme erfolgte zunächst entweder durch einen unverfänglichen Brief, der meist die Herkunft aus der DDR erkennen ließ, oder durch ein Telefongespräch.

Kennzeichnend für einen derartigen Anbahnungsversuch ist ein Telefonanruf, der auf Grund einer Zeitungsanzeige er-

oder die Einladung in die DDR leiten dann häufig eine Wende mit nachrichtendienstlichem Hintergrund ein.

Umfang und Ziele nachrichtendienstlicher Aktivitäten

Gegenüber dem Vorjahr wurden erheblich mehr Werbungsversuche festgestellt. Dabei hat der Anteil der aus dem kommunistischen Machtbereich stammenden und bei Aufhalten dort angesprochenen Personen deutlich zugenommen. Die Nachrichtendienste der DDR hielten mit 68% ihren bisherigen Anteil an erkannten Aktivitäten; in Hessen lag der Prozentsatz mit mehr als 80% weiterhin über den Zahlen für das gesamte Bundesgebiet. Es folgten die Nachrichtendienste der CSSR, der UdSSR, Ungarns, Polens und Rumäniens.

Der Schwerpunkt der erkannten Spionageaufträge lag bundesweit mit über 35% im Bereich der politischen Spionage.

In Hessen, wo bisher die meisten erkannten Aufträge gegen die Wirtschaft gerichtet waren, zeigte sich eine ähnliche Entwicklung; nahezu 30% der Aufträge wurden mit politischer Zielrichtung erteilt. Diese Entwicklung darf aber nicht über die weiterhin vorhandene Bedrohung hessischer Wirtschaftsunternehmen (über 20% der eindeutig erkannten Aufträge) hinwegtäuschen. Insbesondere waren die Bereiche Elektronik und militärische Rüstungsgüter betroffen.

Führungsmethodik

Die persönlichen Führungskontakte fanden weiterhin überwiegend im kommunistischen Machtbereich statt. Dabei wurden in der Regel «konspirative Wohnungen» benutzt. Dies geschah aus Tarnungsgründen sowie zur Schaffung einer persönlichen Atmosphäre. Außerdem

wurden Deckadressen verwendet, Anschriften im eigenen Machtbereich, die den privaten Charakter einer Verbindung vorspiegeln sollen.

Für die Kontaktaufnahme im Bundesgebiet setzten die gegnerischen Nachrichtendienste neben «Toten Briefkästen» (verdeckt angelegte Materialdepots für Agent und Kurier) in letzter Zeit wieder vermehrt «Lebende Briefkästen» ein. Hierbei handelt es sich um Inhaber von Deckanschriften in der Bundesrepublik Deutschland, entweder angeworbene Agenten oder gutgläubige Bundesbürger, die durch Täuschung für diese Zwecke gewonnen wurden.

Im Ausland, insbesondere in den USA tätige Agenten schickten ihre dort gesammelten Informationen zur Vermeidung von Kontrollen nicht direkt in die DDR, sondern an die Deckanschriften im Bundesgebiet. Hier wurden die Sendungen neu verpackt, mit einem neuen Absender versehen und in die DDR weitergeleitet.

Für die Einschleußung und die nachrichtendienstliche Tätigkeit von Agenten haben die DDR-Dienste eine neue Methode entwickelt. In meist größeren Städten werden vorübergehend Wohnräume angemietet, aus denen heraus der Agent seinen Aufgaben nachgehen kann. Den Vermietern gegenüber werden Berufsangaben gemacht, die eine häufige Abwesenheit von der Wohnung erklären sollen wie journalistische Tätigkeit oder der Beruf eines freischaffenden Wissenschaftlers. Dem Vermieter werden zwar Anmeldeformulare vorgelegt, die Anmeldung bei der Meldebehörde unterbleibt jedoch. Fragt der Vermieter nach, so gibt der Agent sofort die Wohnung auf.

Im übrigen arbeiteten die Nachrichtendienste der kommunistischen Staaten weiterhin intensiv aus sogenannten *Legalresidenturen* heraus. Der Anteil des nachrichtendienstlich geschulten Personals an Botschaften, Konsulaten, Militärmissionen sowie halbamtlicher Einrichtungen ist fortbleibend hoch.

Beurteilung

Die Aufklärungsergebnisse belegen eindeutig die unverminderte Tätigkeit der Nachrichtendienste kommunistischer Staaten. Schwerpunkt in Hessen war das Bestreben, Informationen über politische Entscheidungen und Absichten zu erhalten. Daneben stand die Wirtschaftsspionage im Vordergrund. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Ostblocks lassen eine weitere Intensivierung der nachrichtendienstlichen Aktivitäten auf diesem Gebiet erwarten, um Forschungs- und Entwicklungsdefizite auszugleichen.

Die Zahl der Anwerbungsversuche durch die Geheimdienste der kommunistischen Staaten hat zugenommen. Jeder, der einen solchen Versuch zu erkennen glaubt, sollte sich an die Verfassungsschutzbehörden wenden. Er handelt damit nicht nur im Allgemeininteresse, sondern auch zum eigenen Schutz. Auch wer schon eine nachrichtendienstliche Bindung eingegangen ist, sollte sich dem Verfassungsschutz offenbaren. Nur auf diesem Weg kann er die erforderliche Hilfe erlangen, um sich vor dauernder Abhängigkeit zu bewahren.